

HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVIII — NR. 1

Bonn, 8. Januar 1965

AUSGABE A

Hat die Forschung Wünsche für das Jahr 1965?

HD — Nehmen wir die Antwort gleich vorweg: Die Forschung hat keine Wünsche.

Die Anmeldung von Wünschen ist mit jedem Jahresbeginn ebenso untrennbar verbunden wie mit dem Jahresende die Feststellung, daß vieles von diesen Wünschen unerfüllt geblieben ist. Alle haben Wünsche: höhere Löhne und Gehälter für die Arbeitnehmer, größeren Umsatz für den Kaufmann, höhere Renten, höhere Subventionen, niedrigere Steuern, niedrigere Zölle für diesen und höhere für jenen usw. Alle diese Wünsche werden angemeldet in programmatischen Schriften und Reden zahlreicher Verbände, die zur Wahrnehmung der Interessen großer oder kleiner Gruppen gegründet worden sind, und sie werden angemeldet in dem festen Bewußtsein, daß auch im nächsten oder übernächsten Jahr nur ein Teil der Erwartungen erfüllt werden wird. Das ist ganz selbstverständlich, denn von vielen Richtungen kommen die Anmeldungen her, niemand kann volle Berücksichtigung finden, kaum jemand darf ganz zurückgewiesen werden, und zwingendes Gebot ist, daß ein Kompromiß geschaffen werden kann, das niemandem gar zu wehe tut und sich auch mit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates einigermaßen in Übereinstimmung befindet.

Selbstverständlich haben auch Wissenschaftler Wünsche, die sich auf ihre Forschungstätigkeit beziehen — ein leistungsfähigeres Gerät etwa oder mehr Mitarbeiter, neue und größere Räume oder eine Erweiterung der Bibliothek. Diese Wünsche kann man zusammenfassen, und in der Tat gibt es ja Organisationen der Forschung oder der Forschungsförderung, die das tun und zu sehr eindrucksvollen Zahlen gelangen. Aber an eben diesem Punkt liegt nun die Gefahr eines verhängnisvollen Mißverständnisses, die Gefahr nämlich, daß die Öffentlichkeit meint, diese Forderungen für die Forschung seien in der gleichen Weise und aus gleichen Gründen des persönlichen Nutzens zustande gekommen wie die der Interessenverbände, sie könnten also auch auf die gleiche Stufe gestellt werden wie die Wünsche der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, der Bausparer oder des Hausbesitzer. Wenn sogar Abgeordnete und Minister in diesem Sinne von den „Wünschen“ der Forschung sprechen und zusichern, daß sie sie mit Wohlwollen prüfen und zu einem „angemessenen“ Teil erfüllen wollen, dann zeigt das, wie nahe die Gefahr des Mißverständnisses liegt.

Worin ist dieses Mißverständnis eigentlich begründet? Man muß leider feststellen, daß auch heute noch — trotz vieler kluger Worte in den vergangenen Jahren — die Vorstellungen vom Wesen der Forschung zumeist völlig falsch oder doch sehr einseitig sind. Forschung — das bedeutet für die meisten Menschen Atomforschung, Weltraumflug und Krebsforschung. Damit ist zugleich der nationale Ehrgeiz angesprochen, und die Verleihung des Nobelpreises an einen deutschen Gelehrten ähnelt der Fußballweltmeisterschaft oder einer Goldmedaille bei der Olympiade, ohne sich freilich an Popularität mit diesen messen zu können. Forschung ist entweder zum Gegenstand des Wunderglaubens oder zum sportlichen Wettbewerb geworden, und sie erfreut sich, so gesehen, sogar des Interesses der illustrierten Zeitungen. Aber weder Wunder noch Nobelpreise sind als Maßstab für den Stand

der Forschung und für ihre Förderung brauchbar. Sie beschwören zudem die andere Gefahr herauf, daß sie — falls sie einmal ausbleiben — dem hemmungslosen Pessimismus und der tiefen Resignation den Weg bereiten. „Die anderen sind uns ja doch weit voraus, wir kommen ja doch nicht auf den Mond“ — warum also soll man da noch gutes Geld für eine hoffnungslose Sache ausgeben.

Wundergläubigkeit und Pessimismus lassen gleichermaßen außer acht, daß nicht die einmalige große Persönlichkeit entscheidend ist, so sehr sie durch ihre Erfolge auch der Forschung Impulse verleihen mag. Ebenso wichtig, ja viel wichtiger noch ist die breite Schicht qualifizierter Gelehrter, ist die unentbehrliche Vielzahl gut ausgebildeter wissenschaftlicher und technischer Mitarbeiter, die ohne Nobelpreis und publicity tagein, tagaus in den Forschungslaboratorien und Instituten arbeiten und immer wieder gezwungen sind, durch Mehrarbeit und Behelfe das auszugleichen, was ihnen bei ausreichender Finanzierung die präziseren, schneller arbeitenden Geräte oder die zusätzlichen Hilfskräfte an Routinearbeit abnehmen könnten. An diesem Punkt der Argumentation ist der Einwand vorauszusehen, daß doch alljährlich viele Milliarden für die Forschung ausgegeben werden und daß doch endlich einmal der Bedarf gedeckt sein müßte, wenn sich die Forschung nicht etwa als Faß ohne Boden herausstellen sollte. Aber gerade das ist sie: ein Faß ohne Boden, in das oben — für alle sichtbar — große Wassermengen hineingefüllt werden, die unten, im Verborgenen, herausickern und den Boden in weitem Umkreis bewässern und fruchtbar machen. Aber was auf diesem Boden wächst und blüht und Früchte trägt, wird leider von denen, die nur das Einfüllen sehen, nicht mit dem Wasser, mit dem „vielen schönen Geld“ in Verbindung gebracht.

Sprechen wir konkreter: Niemand, der den wissenschaftlichen Betrieb kennt, wird bestreiten, daß seit 1948 Bewundernswertes für den Wiederaufbau der Forschung geleistet worden ist. Erinnern wir uns daran, daß 60% der Universitäten und Technischen Hochschulen, der Institute und Bibliotheken zerstört und der Rest mehr oder minder schwer beschädigt war. Denken wir daran, daß es

INHALT

Rückblende 1964 auf die Wissenschaftsarbeit . . .	3
Universitäten um Studienzeitverkürzungen bemüht	6
Wissenschaftsbericht — Kontaktkommission — Bildungsrat	7
Evers-Plan gescheitert	9
Clearing-Stelle für Medizinstudenten	10
Dr. Zierold aus der DFG ausgeschieden	10
Kurz berichtet	11
Personalien	12
Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie	16

nicht um den Wiederaufbau der Gebäude allein ging und nicht nur darum, den Stand von 1938 wieder zu erreichen. Es mußte vielmehr alles das nachgeholt werden, was im Ausland seitdem an Neuem geschaffen und gebaut, konstruiert und entwickelt, erarbeitet und entdeckt worden war. Und wohl nie zuvor hat es in der Wissenschaft eine Phase gegeben, für die mit größerem Recht gegolten hätte, daß Stillstand Rückgang sei. Um es zu wiederholen: Bewundernswertes ist seit 1948 für den Wiederaufbau und den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen, der Bibliotheken und der Forschungsinstitute in Deutschland geleistet worden, und nur selten finden die dafür Verantwortlichen den Dank, der ihnen gebührt. Aber alles Geleistete und Erreichte darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß damit erst die Voraussetzungen geschaffen worden sind, auf denen die Forschung beruht und die die hohen und immer weiter steigenden finanziellen Aufwendungen für die Forschung rechtfertigen. Und es darf auch nicht übersehen werden, daß Lücken und Rückstände geblieben sind und immer wieder neu entstehen, die das Gefüge des Ganzen bedrohen.

Wir brauchen hier nicht die Einzelheiten zu wiederholen, die im Jahre 1964 in einer Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft über „Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland in den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften“ mit aller Deutlichkeit ausgesprochen und in der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert worden sind. Es genügt, daran zu erinnern, daß diese Untersuchung ein im wesentlichen befriedigendes Ergebnis überall dort erbracht hat, wo es um die traditionellen Forschungsgebiete und die Anwendung der überlieferten und bewährten Methoden ging. Ein sehr bedenkliches Bild ergab sich aber bei der Betrachtung der zahlreichen neuen Forschungsbereiche, die sich in den vergangenen 10 oder 15 Jahren ausgebildet haben oder auch heute immer wieder entstehen. Dort zeigen sich schwerwiegende Mängel, und das gleiche gilt für die neuen Forschungsmethoden, die in dieser Zeit im Ausland entwickelt und zu hoher Vollendung gebracht worden sind. Gewiß fehlt es in Deutschland nicht nur an gut ausgestatteten Instituten und an den notwendigen kostspieligen Geräten, sondern vor allem anderen auch an qualifizierten jungen Gelehrten. Aber meint man denn, man könnte den Nachwuchs von der Auswanderung abhalten oder gar aus dem Ausland zurückholen, wenn man ihm keine adäquaten Arbeitsmöglichkeiten bietet?

Binsenwahrheiten? Gewiß, und immer wieder von neuem ausgesprochen, ohne daß sie in der Öffentlichkeit wirklich in ihrem vollen Gewicht erkannt worden wären, obwohl auch für den an Wissenschaft und Forschung wenig Interessierten die Zusammenhänge mit dem ihm näherliegenden Bereich des wirtschaftlichen Lebens einleuchtend genug sein sollten. Die enge Verflechtung von wissenschaftlicher Forschung und industrieller Auswertung ist heute brennender denn je. Die großen Exportziffern der deutschen Industrie beruhen durchaus nicht nur, wie man so gerne glauben möchte, auf der qualitativen Überlegenheit, sondern zu einem erheblichen Teil auf dem ungünstigen, aber vertraglich festgelegten Verhältnis zwischen der stabilen deutschen Währung und den Währungen von Handelspartnern mit inflationistischen Tendenzen. „Es ist nicht anzunehmen, daß dies immer so bleiben wird, und es wird der Zeitpunkt kommen, wo wir die Ausfuhr auf einer echten Überlegenheit im Angebot aufbauen müssen, und das wird in der Regel die geistige Leistung sein, die wir mitverkaufen müssen. Bessere Konstruktionen, neue Verfahren, neue Produktionen müssen den Anteil, den wir in der Weltwirtschaft errungen haben, verteidigen. Sie sind im wesentlichen ein Ergebnis von Forschung und Wissenschaft. So müssen wir alle, insbesondere die für unser Geschick Verantwortlichen, vorausdenken, um zu wissen, daß wir unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet ... erheblich vergrößern werden müssen. Dies allein sichert uns den hohen Lebensstandard.“ So hat es vor kurzem der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen, Dr. H. Stussig, formuliert. Noch eindringlicher hatte es schon der Bundespräsident, der unermüdete Streiter für die Forschung, bei der Jahrestagung der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgesprochen: „Die gewaltigen Aufgaben, die in den kommenden Jahren für die wissenschaftliche Forschung entstehen werden, mögen in manchem Zweifel erregen, ob Deutschland diese großen finanziellen Opfer neben allem übrigen noch zu tragen vermag. Wir haben aber keine Wahl, denn ... ein Volk, das beim Wettlauf um neue wissenschaftliche Erkenntnisse seinen Platz in den vordersten Reihen auf-

gibt, darf sich nicht wundern, wenn es die Folgen seiner Resignation hart zu spüren bekommt. Wir müssen hart werden, auch gegen uns selbst, und unsere Leistungs- und Opferbereitschaft zeigen, damit die kommenden Entscheidungen in der Welt nicht ohne uns und damit gegen uns fallen.“

Deutlicher kann es wohl nicht mehr gemacht werden: Bei dem Bedarf der Forschung geht es nicht um Wünsche. Jeder Interessenverband kann Wünsche äußern, und diese sind reduzierbar — sie müssen sogar reduziert werden um des notwendigen Kompromisses willen. Das mag für die Betroffenen ärgerlich oder sogar hart sein, kann sie aber nicht überraschen, da ja alle derartigen Wünsche nun einmal von vornherein dem Kompromiß unterworfen sind. Aber die Anforderungen der Wissenschaft — soweit sie durch die großen Organisationen der Forschung und der Selbstverwaltung vertreten werden — sind unabdingbarer Bedarf, der auf das sorgfältigste geprüft ist. Abstriche von diesen Anforderungen haben zur Folge, daß die Lücken und Rückstände nicht nur nicht ausgeglichen werden, sondern weiter anwachsen. Man hat lange Zeit von diesem Rückstand geredet, ohne sich etwas Konkretes darunter vorzustellen, und damit der Sache mehr geschadet als genutzt. Seit der Vorlage der Denkschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist die Diskussion auf eine nüchterne, sachliche Grundlage gestellt. Aber es ist auch die Gewähr dafür gegeben, daß in den zentralen Institutionen der Forschung und ihrer Förderung durch kollegiale Kritik und Selbstkritik die einzelnen Bedarfsanmeldungen geprüft und zusammengefaßt werden, so daß dort ein wirklich zuverlässiges Bild des künftigen Bedarfs entsteht. Das Ergebnis sind nun freilich keine Wünsche, die man beliebig ausweiten oder reduzieren könnte, sondern Forderungen mit dem Anspruch auf unbedingten Vorrang. Es ist früher schon von den Prioritäten gesprochen worden, und zwar in einem doppelten Sinne: einmal von den Prioritäten innerhalb der Forschung selbst, zum anderen von der Priorität der Forschung im Staatshaushalt.

Priorität innerhalb der Forschung, das bedeutet die Einsicht, daß die Bundesrepublik ihrer finanziellen wie auch ihrer personellen Kapazität nach nicht mehr in der Lage ist, auf allen Gebieten der Forschung und bei allen großen Aufgaben der Wissenschaft für sich allein konkurrenzfähig zu bleiben. Beschränkung und Zusammenarbeit sind erforderlich. Beschränkung auf die vordringlichsten Aufgaben und Zusammenarbeit über alle Staatsgrenzen hinweg. Beides setzt allerdings planvolles Vorgehen voraus, und das Wort „Planung“ hat noch stets in der Wissenschaft tiefes Mißtrauen ausgelöst. Mit Recht, wenn damit bürokratischer Dirigismus oder ideologische Beeinflussung gemeint sind. Zu Unrecht, wenn man darunter die sinnvolle Koordinierung, die rationellste Ausnutzung des Vorhandenen und die ökonomischste Verwendung von Geld und Zeit und Arbeitsfreude versteht, unter der selbstverständlichen Voraussetzung freilich, daß die Individualität des Forschers nicht beeinträchtigt, der schöpferische Impuls nicht „verplant“ wird.

Professor Hess, der langjährige Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hat die Frage einmal mit aller Offenheit gestellt: „Müssen wir alles machen? Und umgekehrt: Können wir es uns leisten, nicht alles zu machen? Gibt es Unterschiede der Dringlichkeit, und wie bemißt man sie? Soll man es sich beispielsweise leisten, Mond- und Weltraumfahrten zu unternehmen, wenn das Problem der Karies, der Mißbildung, des Krebses noch der Lösung harret oder wenn man mit ungleich geringeren Mitteln sich an der Klärung der biochemischen oder molekularbiologischen Ursprungsfragen beteiligen könnte. Jedenfalls muß kategorisch gefordert werden, daß die wissenschaftliche Klärung von Fragen, die unmittelbar die menschliche Existenz berühren, nicht zurücksteht hinter modischen Forschungsprojekten.“

Priorität der Forschung im Staatshaushalt, das bedeutet, daß das ganze System der sozialen Sicherung, die gesamte militärische Verteidigung, der Wohlstand des deutschen Volkes, sein Beitrag zur Entwicklung anderer Länder und Völker — und so vieles andere, was sonst gern als Erfolg des Wiederaufbaues oder als nationale Verpflichtung gerühmt wird, zusammenbrechen muß, wenn man der Forschung und ihrer Förderung nicht den ersten Platz im Interesse (und in den Finanzen) des Staates einräumt. Nur sie ist in der Lage, Wohlstand und Sicherheit, Erfolg und nationale Verpflichtung solide zu fundieren. Nur die intensive Auswertung der geistigen Potenzen kann Deutschland der übrigen freien Welt als Partner inter-

essant machen und ihm selbst die Freiheit sichern. Der „Economist“ hat vor einiger Zeit einmal die Forschungspolitik der Bundesrepublik mit dem Schlagwort definiert: „Prosperity without science“ — eine Formel, mit der auf die Dauer kein Industrieland seine Existenz erhalten kann. Die Forschung hat keine Wünsche. Sie fordert die Priorität in der Erfüllung der Aufgaben des Staates. Sie stellt diese Forderung nicht um ihrer selbst willen, sondern um ihre Verpflichtung erfüllen und dem deutschen Volk die Existenzgrundlage sichern zu können. Aber der Staat ist nicht der alleinige Partner der Forschung. Die gleiche Forderung ist auch an die Wirtschaft gerichtet. Es mag überraschen, daß das nötig ist, werden doch weit mehr als zwei Milliarden DM jährlich von der Industrie für die werkeigene Forschung ausgegeben. Aber mit dieser internen, angewandten Forschung allein ist es nicht getan. Sie muß ja aufbauen auf der Grundlagenforschung in den Universitäten und Technischen Hochschulen, in den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft und in den vielen großen und kleinen Forschungsstätten, die nicht um des kommerziellen Gewinnes, sondern allein um der wissenschaftlichen Erkenntnis willen arbeiten. Und die Beträge, die die Wirtschaft hierfür spendet, waren stets lächerlich gering — 1963 waren es rd. 25 Millionen — und sind weiter im Rückgang begriffen. Konjunkturrückgänge, Befürchtungen eines Konjunkturrückganges mögen die Ursache dafür sein, daß man beginnt, an der verkehrtesten Stelle zu sparen. erinnert es nicht an den Mann, der die Feuerversicherung kündigte, um die Prämie zu sparen, als

er Brandgeruch spürte? Wir wollen die deprimierenden Angaben des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft hier nicht wiederholen. Sie lassen keinen Zweifel daran, daß gerade die Kreise der Wirtschaft, die am meisten auf die Forschung angewiesen und am wenigsten in der Lage sind, sie in betriebs eigenen Laboratorien durchzuführen, sich von der Forschungsförderung nahezu völlig ausgeschlossen haben.

Von Richard Merton, der den Stifterverband 1949 wiederbegründet hat, stammt das Wort, daß es keine sozialere Tat gebe als die Forschungsförderung. Man könnte hinzufügen, daß nichts so sehr dem wohlverstandenen Eigennutz entspricht wie die Forschungsförderung. Man kann resignieren. Man kann darauf verzichten, in einem oder zwei Jahrzehnten noch zu den Völkern zu zählen, die für die Zukunft irgendeine Bedeutung haben. Man kann heute ungezählte Milliarden für Entwicklungshilfe ausgeben mit dem Bewußtsein, selbst in naher Zukunft zu den Zurückgebliebenen, zu den Ausgeschiedenen, zu den Hoffnungslosen zu gehören.

Eigennutz und Sicherung der Existenzgrundlage — es geht nicht um Ideale, um nationales Ansehen oder sportlichen Ehrgeiz, sondern um nüchterne Realitäten. Die Forschung muß entsprechend nüchterne Forderungen stellen, denn sie allein ist in der Lage zu helfen. Sie muß die Priorität fordern und sie kann dagegen zusichern, daß sie in guter Zusammenarbeit mit dem Staat und der Wirtschaft ihrerseits die Prioritäten innerhalb der Forschung bestimmen wird. Dr. T.

Rückblende 1964 auf die Wissenschaftsarbeit

HD — Betrachtungen über den Jahresablauf eines öffentlichen Bereiches, wie es auch die Wissenschaft mit ihren Arbeitsrichtungen Lehre und Forschung darstellt, sollten in der Form synoptischer Übersichten erfolgen. Das Maß in den Entwicklungen der einzelnen Aufgaben und der zeitgerechte Wert der Leistungen ließe sich in vergleichenden Jahrestabellen deutlicher und für die daraus zu ziehenden Konsequenzen zwingender darstellen. Leider gibt es für diesen nüchternen Weg, Rechenschaft in der breiten Front aller wichtigen Geschehnisse abzulegen, noch keine publizistischen Ansätze.

Ein Jahr lebhafter kulturpolitischer Unruhe ...

Das Jahr 1964 war für die deutsche Wissenschaft und für ihre öffentliche Auswirkung auf die Wissenschaftspolitik keineswegs ein ruhiges oder etwa gar ein beschauliches Jahr. Jener Wunsch von der Eingangsschwelle des Jahres, die in den vergangenen Jahren wachsende Unruhe in den Bereiche der deutschen Wissenschaft verdiene produktiv gemacht zu werden, hat in den drei Sparten der Lehre, der Forschung und des Nachwuchses recht ungleiche Ergebnisse erbracht.

Am sichtbarsten ist im abgelaufenen Jahr unser Thema auf politischem Gebiete in Bewegung geraten. Das gilt sowohl für die Bundesebene als auch für den Bereich einiger Länder. Im Bundestag haben zwei Große Anfragen stundenlange Debatten zwischen den Parteien und den zuständigen Ministern über die Themen Bildung und Wissenschaft ausgelöst. Am 4. März ging es um die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und die Aufgaben der Bildungsplanung allgemein. Am 9. Dezember hat sich das Thema auf die Frage der Überwindung des Bildungsnotstandes und der Errichtung eines Bildungsrates konkretisiert. Im Hochschul-Dienst ist über beide Aussprachen ausführlich, zum Teil in wörtlicher Wiedergabe, in den Heften 6, 7, 8 und 24 referiert worden.

... und mit überraschender Einmütigkeit aller Beteiligten

Nicht so sehr die positiven Argumente als solche, sondern die weitgehende Übereinstimmung in der Sache und das Bemühen der Parteien und der Bundes- wie der Länderregierungen, den weit in die Zukunft ausgreifenden Bildungs- und Wissenschaftsbedarf zu erfüllen, charakterisiert den Verlauf des letzten Jahres. Natürlich wird um die Fragen des Tempos, der Zuständigkeit, der Geldbeschaffung gestritten. Es werden Zwischenlösungen ausgehandelt und taktische Haken geschlagen. Aber das geschieht kaum um der Sache willen, sondern noch viel zu sehr wegen der parteipolitischen Rechthaberei. Es verdient keine Besorgnis, solange sich dieses Spiel nicht als Selbstzweck etabliert.

Bei der Sache ist die Übereinstimmung in überraschend vielen Fragen ausschlaggebend. Und weiterhin ist ausschlaggebend, daß die sachliche Übereinstimmung auch über die Parlamente hinaus die Regierungsvertreter, die Wissenschaftsvertreter und ziemlich durchwegs alle Exponenten der Öffentlichkeit einschließt. Diese Auffassung will keiner billigen Friedfertigkeit huldigen, sondern darf an den Themen der Diskussion über die Bildungs- und Wissenschaftsfragen aus dem Jahresverlauf 1964 überprüft werden.

Nicht nur für eine zeitgerechte, sondern auch für eine zukunfts gerechte Wissenschafts- und Bildungspolitik stimmen alle vier im Parlament vertretenen Parteien, stimmen der Bundeskanzler, der Innenminister, der Wissenschaftsminister und mit ihnen das ganze Kabinett, stimmen die Länderregierungen und besonders einmütig die Kultusminister in den Beschlüssen ihrer Ständigen Konferenz überein. Ebenso stimmen sie in vielen Punkten überein, wie sich diese zukunfts gerechte Wissenschafts- und Bildungspolitik zu vollziehen hat.

Die bisher angstvoll betrachtete hohe Zahl der Studierenden schreckt heute keinen Politiker mehr davor zurück, aus der internationalen Bildungs- und Wissenschaftsentwicklung heraus, die Zahl der Abiturienten — also damit die Zahl der künftigen Studenten — so rapide zu steigern, wie es die Qualitätsansprüche des wissenschaftlichen Studiums irgend zulassen. Das Eingeständnis Bayerns, daß seine Begabungsreserven eine Erhöhung der Abiturientenzahlen um 35% ermöglichen, wird kaum eines der anderen Bundesländer auf sich beruhen lassen. Für den Bund bietet ein Wettbewerb der Länder, ihre Begabungsreserven zu mobilisieren, die beste Triebkraft, das Bildungsprogramm zu realisieren.

Das Tempo des Ausbaues bleibt zu verhalten ...

Obwohl die erste Forderung des Wissenschaftsrates zur Gründung von vier neuen Universitäten in der bisherigen Laufzeit von 5 Jahren nur auf dem Papier erfüllt worden ist und selbst Bochum erst 1965 anfangen kann, zeigt sich die Bereitschaft zu weiteren Neugründungen grundsätzlich längst bei Bund wie Ländern. Nur fehlt es leider am Entschluß zu exemplarischen Lösungen. Mit der Angliederung von Fakultäten und Abteilungen an vorhandene Anstalten läßt es sich leichter improvisieren, selbst wenn sich daraus eines Tages ein chaotischer Wissenschaftsbetrieb entwickeln dürfte: Technische Hochschulen mit Medizinischen, Philosophischen oder Juristischen Fakultäten, vielleicht auch eine Universität mit Technischer Abteilung, Medizinische Akademien mit Geisteswissenschaftlichen Fakultäten und andere ähnliche Kombinationen. Das

alles unter dem Drang zur universitas nach Humboldt-scher Prägung. Auch dafür haben es Bund und Länder, Parteien und Institutionen zu einer bewundernswerten Übereinstimmung gebracht.

... und die Planung zu oft Stückwerk

Weitgehend sind diese Verlegenheitslösungen voreilige Konzessionen an die Finanzminister. Selbst im reichen Land Nordrhein-Westfalen ist dies der Fall, dessen Kultusminister soeben weitere Universitätspläne im Gebiet von Bielefeld angekündigt hat. Die Bundesrepublik bedarf auch in den Planungen einer zügigen Wissenschaftspolitik, wo immer sie sich anbietet. Die TH Aachen reift zwangsläufig zur Universität heran, aber es werden ihr bisher nur Fakultäten angeflückt. Der Ausbau von Stuttgart gelangt über Konzeptionen nicht hinaus. In Hannover ist die erste Medizinische Akademie gerade konstituiert worden, und es wird überlegt, sie als selbständige Hochschule zu etablieren. Nicht nur mit Rücksicht auf die Tragikomödie der Universitätsgründung in Bremen ließe sich auch für Hannover der Ausbau zur Universität rechtfertigen und als Programm für die nächsten zehn Jahre kundtun. Ob außerdem Oldenburg und wann, steht auf einem besonderen Blatt. Bayern ist mit seiner Neugründung in Regensburg keineswegs saturiert und hat mit seinen landschaftlichen Reizen Angebotsmöglichkeiten in einer Art, die einen Zustrom aus allen deutschen Ländern — und international nicht nur aus den Entwicklungsländern — auf sich ziehen würden, wie zum Beispiel Garmisch-Partenkirchen. Schelsky hat das bereits vor Jahren geschrieben; aber noch so schöne und in sich auch aussichtsreiche Lösungen unterbleiben, weil sie dem Durchschnitt der Meinungsbildung nicht entsprechen. Die Anziehungskraft des Außergewöhnlichen hat im Proporz keine Wirkung. Auch darin herrscht Übereinstimmung zwischen Bund und Ländern.

Gemeinsame Abwehr der Kritik hat gemeinsame Entschlüsse begünstigt

In der Abwehr der allzu kritischen Anwürfe gegen unsere Bildungslage, unsere Schulverhältnisse und die Wissenschaftssituation, die gerade 1964 als Schulnotstand, Bildungskatastrophe und wissenschaftlicher Rückstand in Kurs gesetzt wurden, sind sich Bund und Länder in soweit einig, wie die Verantwortung gerade politisch zusammenfällt. Während die SPD als Opposition im Bund diese Kritik als Wind in ihren Segeln schätzt, sind die von ihr regierten Länder darin zurückhaltender. Aus den Erklärungen und Beschlüssen der Ständigen Konferenz der Kultusminister, die im vergangenen Jahr zu mehreren Plenar- und Sondersitzungen zusammengetreten ist, ist in steigendem Maße die Übereinstimmung der Fachminister ohne erhebliche Gefährdung durch parteipolitische Bindungen zu spüren. Die landespolitische Bindung an die Finanzminister macht sich gelegentlich erheblich deutlicher, wie es z. B. in der leidigen Verzögerung der bundeseinheitlichen Reform der Hochschullehrerbesoldung zum Ausdruck kommt. Allerdings sind in der Frage der Hochschulgesetze die Länder nach wie vor ausschließlich von der Politik der in ihnen führenden Parteien her orientiert. Das damit einheitliche Lösungen nicht zu erzielen sind, erweist deutlich die Kontroverse zwischen dem hessischen Kultusminister und den Rektoren der hessischen Hochschulen, die sich gegen Ende unseres Berichtsjahres ergeben hat. Zur gleichen Zeit haben die Kultusminister der Länder die Kluff, die sich mit dem Schlagwort „Hahn-Plan“ gegen „Evers-Plan“ in der Ständigen Konferenz ergeben hatte, überraschend schnell, das heißt noch im gleichen Monat Oktober durch einen Kompromiß über die Bildungsplanung zu überbrücken vermocht. Die sieben Punkte dieser Planung sind gegenüber dem Offensivplan der Bundesregierung zur Überwindung der Bildungsmängel als Ergebnis der letzten großen Kulturdebatte des Bundestages vom Dezember 1964 ein kleines, aber immerhin substantiiertes Programm. Die ebenfalls sieben Punkte des Bundes zur Bildungsplanung bilden ein Rahmenprogramm, für das die Bundesregierung auch noch für den Rest der Legislaturperiode von den Parteien beim Wort genommen werden sollte. In speziellen Kulturtagungen haben sich alle vier Parteien für die Fragen der Bildungs- und Wissenschaftsförderung eine Plattform mit einem im politischen Leben ungewöhnlichen Maß von Übereinstimmung geschaffen. Für die Auswirkung dieser freundlichen Situation auf die Praxis fällt den Hochschulen ein entsprechendes Maß von Mitverantwortung zu.

Verkürzung der Studienzeit ist Prüfstein

Zu den damit berührten Fragen rechnet auch das an Druck zunehmende Bemühen politischer Instanzen, die Schul- und Studienzeiten so zu gestalten und gegebenenfalls zu verkürzen, daß das letzte Examen für die volle Berufsreife, auch bei Ableistung des Wehrdienstes, spätestens mit 26 Jahren, abgelegt werden kann. Der Erfolg der bereits einsetzenden Bemühung des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz in dieser Richtung wird sich im Hinblick auf die reservierten Reaktionen bei den Fachvertretern sehr bald zum Prüfstein für die Fortdauer des zur Zeit so guten Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik in der Bundesrepublik erweisen.

Daß sich dieses gute Verhältnis seitens der Politik nicht etwa in passiver Duldung erschöpft, wie es umgekehrt mit dem Blick auf die Träger der Wissenschaft bereits öffentlich charakterisiert wird, erweist die aktive Bereitschaft auf breiter politischer Front zur Förderung in allen Gebieten der Lehre, der Forschung und des Nachwuchses. Der Bundeskanzler hat dafür auf der Hamburger Kulturtagung der CDU wiederum konkrete Zusagen gemacht. Er hat dort sogar die Priorität der Förderungs-mittel für die Wissenschaft und Forschung im Bundeshaushalt zugestanden, die sich bisher noch nie hat durchsetzen lassen. Der Bundeswissenschaftsminister hat die Erfahrungen seiner Amtszeit in einem großen Bericht niedergelegt, der noch in diesem Monat veröffentlicht wird. Seine längst festgelegte Auffassung, daß die Forschungsmittel in kurzen Fristen zu verdoppeln sind, hat der Bundeskanzler in Hamburg nachdrücklich bestätigt. Auch über die Ausdehnung und Steigerung der Nachwuchsförderung, man könnte fast sagen bereits „ab ovo“, besteht weite Übereinstimmung. Selbst die Forderung Erlers/SPD, steigend einen höheren Prozentsatz des Bruttosozialproduktes für die Kulturpolitik bereitzustellen, der bisher bei uns nur 3,8 Prozent beträgt, hat keine grundsätzliche Ablehnung erfahren. An der Schwelle zum Neuen Jahr läßt sich nur wünschen, daß dieser Trend zum guten Willen für die Wissenschafts- und Bildungsförderung in der Bundesrepublik nicht gestört werden möge. Die Berufung des „Bildungsrates“ und die Aussicht auf ebenso gute Arbeit, wie sie den Wissenschaftsrat bisher ausgezeichnet hat, die hoffentlich aber zu noch rascheren Konsequenzen führen wird, läßt erwarten, daß sich dieser Trend bald legislativ wie exekutiv auswirken wird.

Die Entwicklung der Leistungen bleibt ersprießlich

Für diesen Aspekt bietet der Tatsachenbericht über wissenschaftliche Ereignisse des letzten Jahres einen positiven Hintergrund. Die wissenschaftlichen Veranstaltungen in der Bundesrepublik werden vom Ausland wieder mit steigendem Interesse verfolgt und besucht. Der 21. Internationale Kongreß für Kunstgeschichte führte in Bonn 6000 Teilnehmer aus Europa und Übersee zusammen und tagte seit 1894 erstmals wieder in Deutschland. — Zum Präsidenten der Europäischen Raumfahrzeugträger-Organisation (ELDO) wurde Prof. Dr.-Ing. Günther Bock (TH Darmstadt) gewählt. — Das Deutsche Elektronen-Synchrotron (DESY) in Hamburg-Bahrenfeld ist am 12. November seiner Bestimmung übergeben worden. DESY teilt sich mit einer gleichartigen Anlage in Cambridge (Massachusetts/USA) in den Rang des größten Elektronenbeschleunigers der Welt. — Die Tagung der Internationalen Atomenergie-Organisation, Sitz Wien, untersuchte in Heidelberg Probleme der Korperradioaktivität im Menschen. — Die Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe beteiligte sich nach einem in Washington unterzeichneten Vertrag an der Finanzierung eines Reaktorprojektes bei Fayetteville (Arkansas) zur Entwicklung schneller Brutreaktoren (SEFOR-Reaktor). — Die Internationale Tagung „Kernenergieantriebe für Handelsschiffe“ führte in Kiel 500 Fachleute aus Europa und Übersee zusammen. — An der dritten Internationalen Konferenz über die friedliche Anwendung der Atomenergie in Genf nahmen rund 3800 Delegierte und Beobachter aus 75 Ländern teil. Die Delegation der Bundesrepublik wurde von Forschungsminister Hank Lenz geleitet und leistete ihren Beitrag zu rund 750 wissenschaftlichen Berichten und einer Ausstellung von 18 Staaten. Er läßt ein überraschend gutes Aufholen der Bundesrepublik erkennen. — Das mit 1964 begonnene Forschungsprogramm des „Internationalen Jahres der ruhigen Sonne“, die bis Ende 1965 dauert, wird unter starker deutscher Beteiligung durchgeführt. — Die Wissenschaftliche Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt und die Deutsche Gesellschaft für Raketentechnik und Raumfahrt tagen in Berlin erstmals gemeinsam und geben der Sorge über zu geringe Aufwendungen für das nationale Raum-

fahrtprogramm gegenüber Beiträgen zu internationalen Organisationen Ausdruck. — Die 13. Raketen- und Raumfahrttagung der Hermann-Oberth-Gesellschaft empfiehlt in einer Resolution an die UNO die Grenze des Hoheitsgebietes der Staaten auf 80 km Höhe über dem Meeresspiegel festzulegen. — Die 103. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte tagte mit Teilnehmern aus beiden Teilen Deutschlands eine Woche hindurch in Weimar.

Auf der 70. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Innere Medizin in Wiesbaden wurde die Notwendigkeit einer Kontinuität in der wissenschaftlichen Forschung nachdrücklich herausgestellt. — Die 81. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie in München behandelte u. a. Probleme einer chirurgischen Versorgung bei Massenkatastrophen und Erfahrungen mit elektrischen Schrittmachern zur Stimulierung der Herzaktivität. — Auf der 30. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kreislauforschung in Bad Nauheim werden ebenfalls Fragen des Herstillstandes und der Wiederbelebung des Herzens erörtert. — Bei der 16. Therapiewoche in Karlsruhe werden vor 8000 Medizinern als Hauptthemen Leber- und Gallenweg-Erkrankungen, Schilddrüsen-Erkrankungen, Herz- und Kreislauf-Therapie und die Psychotherapie im ärztlichen Alltag behandelt. — Einer Gruppe von Wissenschaftlern des Deutschen Wollforschungsinstitutes an der TH Aachen unter Leitung von Prof. Dr. Helmuth Zahn gelingt erstmalig die Synthese des Insulins. —

In Heidelberg können fünf Institute des Deutschen Krebsforschungszentrums der Bestimmung übergeben werden. Das Zentrum ist von den Ländern in die gemeinsame Finanzierung mit dem Bund nach dem Königsteiner Abkommen aufgenommen worden. — An der Universität Heidelberg ist der erste deutsche Lehrstuhl für Nuklearmedizin errichtet worden. — Die 14. Tagung der Nobelpreisträger in Lindau am Bodensee führt zum fünften Mal die Laureaten der Chemie zusammen. — Den Nobelpreis 1964 für Medizin erhalten Prof. Dr. Feodor Lynen, Leiter des MPG-Instituts für Zellchemie in München und Prof. Dr. Konrad Bloch (Cambridge/USA). — Als neue Mitglieder des Ordens pour le mérite für Wissenschaften und Künste werden aufgenommen der Architekt Prof. Dr. Rudolf Hillebrecht, der Philosoph Prof. Dr. Karl Jaspers und der Nobelpreisträger Prof. Dr. Alfred Kühn. —

Der Nobelpreisträger des Vorjahres Prof. Dr. Rudolf Mößbauer ist zum ordentlichen Professor für Experimentalphysik an der TH München ernannt worden. Mit seiner Berufung ist die Einführung des Department-Systems an der TH, des sogenannten „zweiten Mößbauer-Effektes“, verbunden. Eine Philippika hielt Mößbauer auf der Hauptversammlung des Kulturbeirats der CDU im November in München, worin er u. a. die Bezahlung der Hochschullehrer nach Leistung forderte. — Die Rückkehr Mößbauers hat in der Frage der Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland eine Wandlung eingeleitet. Die 100. Konferenz der Kultusminister stellte in Berlin ein erhebliches Nachlassen der Abwanderung deutscher Wissenschaftler ins Ausland fest. Die Konferenz stimmte außerdem einer Verbesserung der Studienförderung nach dem Honnefer Modell zu und widmete sich der Weiterentwicklung des deutschen Schul- und Bildungswesens im Blick auf die europäische Integration. — Die 3. Europäische Rektorenkonferenz in Göttingen führte Vertreter von 145 Universitäten und Hochschulen zusammen. Mit Ausnahme der Ostblockländer unterzeichneten sie ein Statut der Rektorenkonferenz, das den Informationsaustausch und die Beratung staatlicher und wissenschaftlicher Instanzen in Hochschulfragen vorsieht. — Auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz empfahl auf ihrer Tagung in Münster die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit an den Hochschulen. —

Veränderungen im Kreis der Persönlichkeiten

Das letzte Jahr hat zahlreiche personelle Veränderungen in den für die Wissenschaftsfragen zuständigen Länderministerien und in den zentralen wissenschaftlichen Institutionen gebracht. Bevor sie dargelegt werden, möge zuerst der Verluste an prominenten Wissenschaftlern durch den Tod gedacht werden. In der Liste der Toten des letzten Jahres stehen neben zahlreichen verdienten Fachgelehrten auch wieder Namen von Wissenschaftlern, deren Bedeutung über Grenzen und Zeiten hinweg dauert. Die Nobelpreisträger von Euler-Chelpin, James Franck und Gerhard Domagk seien vorangestellt. Es müssen folgen der Begründer der Kybernetik Norbert Wiener und der Atomphysiker Leo Szilard, dessen Briefwechsel mit Einstein während des letzten Krieges zur amerikanischen

Fertigung der ersten Atombomben die Anregung gegeben hatte. Besonders schwere Einbuße an Toten hat die Medizin in der Bundesrepublik gehabt mit den Professoren Martini, Langenbeck und Janker allein aus Bonn, mit Pette und Schubert aus Hamburg, Kretschmer und Speer aus Tübingen, mit Stepp, München, und Schultze — Gießen. In den Naturwissenschaften beklagt Göttingen den Tod des Physikers Schüller, des Geophysikers Bartels und des Botanikers Spohr; Bonn den Mineralogen Scheuermann, Mainz den Zoologen von Buddenbrock-Nettersdorf, Stuttgart-Hohenheim den Bodenkundler Ludwig Meyer und Berlin den Raketenforscher Eugen Sänger. Aus dem Bereich der technischen Wissenschaften starben Barth — Karlsruhe, Braß — München und aus Aachen Henning und Hoff. Die Wirtschaftswissenschaften beklagen Berkerath und Steinbach aus Bonn sowie Teich — Saarbrücken. Es starben noch der Senior der deutschen Anglisten Levin Ludwig Schücking, der Göttinger Philologe Latte, der Münchener Literaturhistoriker Borchardt und der Theologe Koep aus Freiburg. In der weiten Mehrzahl dieser Namen hat sich ein abgeschlossenes Gelehrtenleben voll anerkannter Leistungen mit dem Hinscheiden erfüllt.

Nach dem Tod des Kultusministers Osterloh in Kiel tritt dieses Amt der Rechtsanwalt Frh. von Heydebreck an. Nach dem Rücktritt des Rechtsanwaltes Dr. Arndt aus gesundheitlichen Gründen, folgt als neuer Berliner Senator für Kunst und Wissenschaft Dr. Werner Stein, Professor für experimentelle Physik an der FU Berlin. Auf Professor Dr. Storz als Kultusminister in Stuttgart folgte Professor Dr. Wilhelm Hahn, Ordinarius für Praktische Theologie in Heidelberg; auf Professor Dr. Maunz in München der Staatsanwalt und CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Ludwig Huber.

Das Amt des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz übernahm Professor Dr. Sieverts (Hamburg) als Nachfolger von Professor Dr. Speer (München), der seinerseits die Nachfolge von Professor Dr. Hess (Heidelberg) als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft antrat. Professor Hess hat nach neunjähriger Amtszeit 1964 eine besonders beachtete Denkschrift der DFG vorgelegt, die Auskunft gibt über „Stand und Rückstand der Forschung“. Die Bilanz kommt u. a. zu dem Ergebnis, daß die deutsche naturwissenschaftliche und technische Forschung die Zusammenarbeit lernen müsse, um sich dem internationalen Standard ebenbürtig zu zeigen. Mit Abschluß des Jahres schied auch Generalsekretär Dr. Zierold aus, dessen Nachfolge der bisherige Referent in der DFG, Dr. Carl Heinz Schiel, antritt.

Als erfreuliches Symptom für den Aufbau der Universitätsneugründungen darf nicht übersehen werden, daß jetzt für alle vier Gründungsrektoren berufen sind. Professor Dr. Wenke, Gründungsrektor von Bochum, konnte letzthin mitteilen, daß bisher 51 Professoren ernannt sind und mit 40 weiteren zur Zeit Verhandlungen geführt werden. Als Gründungsrektor nach Konstanz ist Professor Dr. Hess, der bisherige Präsident der DFG, berufen worden, der damit seinen Lehrstuhl als Romanist in Heidelberg aufgegeben hat. Zum Gründungsrektor in Bremen wurde der Göttinger Theologe Professor D. Otto Weber ernannt und für Regensburg der Erlanger Historiker Frhr. von Poelnitz, dem bereits die Goldene Amtskette verliehen worden ist. Auch der Bebauungsplan für die für 6000 Studenten vorgesehene Universität Regensburg ist inzwischen aufgestellt worden.

Aus den Leistungen der Institutionen für die Wissenschaft

Als ein Vorgang von besonderer Bedeutung, an dem fast alle deutschen Hochschulen teilnehmen, sei aus der Reihe ihrer zahlreichen Leistungen die großzügige Gästehausaktion der VW-Stiftung für ausländische Professoren hervorgehoben. Sie ist 1964 in vollem Maße angelaufen und hat zum Jahresende noch durch die Bewilligung von 30 Millionen DM für den Bau von Wohnungen für junge deutsche Wissenschaftler ihre Ergänzung erfahren. Die Fritz Thyssen-Stiftung hat 1964 im dritten Jahr ihres Bestehens einen ausführlichen Arbeitsbericht vorgelegt. Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft konnte auf das 15jährige Bestehen nach der Neugründung zurücksehen und sein Spendenaufkommen von 1950 bis 1963 mit insgesamt 222 Millionen DM beziffern, von denen ein Großteil von ca. 70 Prozent, also rd. 155 Millionen DM, der Deutschen Forschungsgemeinschaft zugeflossen sind. 1964 war weiterhin noch ein Jubiläumsjahr für die Stiftung Mitbestimmung und für die Alexander-von-Humboldt-Stiftung mit 10 Lebensjahren und für die Frankfurter Universität mit 50 Jahren. Aber auch die Eröffnung des

100. ausländischen Goethe-Instituts der Bundesrepublik in Algier im März 1964 hat berechtigt Jubiläumscharakter. Auch für den Deutschen Akademischen Austauschdienst darf 1964 als ein besonderer Erfolg gelten. So konnte zum Beispiel der Professoren Austausch über die 12 Länder des Jahresbeginns hinaus auf Frankreich, Argentinien, Mexiko und Jugoslawien ausgedehnt werden.

Der Wille, Bildung und Wissenschaft zu fördern, beherrscht die Nation

Diese Rückschau kann abschließend der persönlichen Aufmerksamkeit gedenken, die Bundespräsident Lübke und das ganze letzte Jahr hindurch bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit der Förderung der Wissenschaften ange-deihen ließ. So setzte er sich auf der Hamburger Tagung der MPG mit besonderem Nachdruck dafür ein, daß die Mittel für Wissenschaft und Forschung in der Bundesrepublik aus allen nur möglichen Quellen zu erhöhen sind. Um dieser Überzeugung deutlichen Ausdruck zu geben, hat er im Herbst des Jahres persönlich die Schirmherrschaft über den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft übernommen.

Die Äußerung Bismarcks, daß sich in einem Jahreslauf sehr viel Böses tun, aber nicht sehr viel Gutes schaffen ließe, trifft für die Bundesrepublik und ihren Sorgenbereich Wissenschaft für den Jahreslauf 1964 nicht zu.

Das Jahr war teils mit erfolgreichen, teils mit noch vergeblichen Bemühungen erfüllt, den künftigen Weg der deutschen Wissenschaft von weiteren Hemmungen aus der Vergangenheit und von bürokratischen Kleinigkeiten in unserer präzise verwalteten Nation zu befreien, die aus überholten Gewohnheiten, aus falsch gewordener Tradition, ungewissen „Altrechten“ und häufig auch aus den begrenzten Blickfeldern der Ressorts resultieren. Die vereinten Bemühungen aller Instanzen haben die Bundesrepublik bisher auf ihrem Weg noch in jedem Jahr einen neuen Abschnitt, mal rascher, mal verhaltener, vorangebracht.

Zur Charakterisierung des Jahres 1964 ist entscheidend, daß die Sorgen um Schule und Erziehung, um Ausbildung und Fortbildung, um Wissenschaft und Forschung nicht mehr einzeln gesehen und politisch getrennt voneinander behandelt werden, sondern daß sie als die eng miteinander verbundenen Teile der Gesamtbildung eines Volkes erkannt und anerkannt werden. An der Schwelle zum Neuen Jahr und zur weiteren Entwicklung steht der gemeinsame Entschluß von Bund und Ländern, von allen Parteien und Instanzen, durch einen großen Bildungsplan für das ganze Volk eine breite Brücke zur Sicherung seiner künftigen Leistungen in unserer rasch, vielleicht sogar allzu rasch fortschreitenden Welt zu bauen.

Dr. H. Str.

Universitäten um Studienzeitverkürzungen bemüht

Kommission der Rektorenkonferenz prüft Möglichkeiten — Technische Hochschulen machten einen Anfang

HD — Mit Verständnis für die Motive und Skepsis zugleich hinsichtlich der Verwirklichungsmöglichkeiten ist in Kreisen der Westdeutschen Rektorenkonferenz die Empfehlung des Bundestages aus seiner kulturpolitischen Debatte am 9. Dezember zur Studienverkürzung aufgenommen worden. In einer von dem CDU-Abgeordneten Dr. Dieh-gans angeregten und von Abgeordneten der Union beantragten Entschließung wurde erklärt, das Parlament „halte es für wünschenswert, Stoff und Ausbildungsleistung der Schulen, Hochschulen und des Vorbereitungsdienstes so zu gestalten, daß bei normalem Studiengang das letzte Examen, das zur vollen Berufsreife führt, auch bei Ableistung des Wehrdienstes spätestens mit 26 Jahren abgelegt werden kann“. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hatte bereits vorher — ebenso wie der Wissenschaftsrat — eine Kommission zur Studienzeitverkürzung eingesetzt, der der gegenwärtige Präsident der Konferenz, Prof. Sievers, der Vorsitzende der wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates Prof. Dr. Brederick und Prof. Dr. Witte angehören. Diese Kommission wird die Möglichkeiten einer Studienzeitverkürzung von Fach zu Fach untersuchen.

Studenten mühen sich selbst

Eine nähere Prüfung ergab zunächst eine Überraschung: Die Zahl der Studenten, die ein überlanges Studium betreiben, ist nicht so groß, wie anfänglich vermutet wurde. So studieren an der Universität Hamburg von 19 000 Studenten nur rund 400 mehr als elf Semester. Die Universitäten selbst versuchen durch individuelle und gezielte Maßnahmen die Studenten nach einer angemessenen Zahl von Semestern zum Ablegen des Examens anzuhalten. Beobachtungen haben ergeben, daß Studenten aus eigenem Entschluß ihr Studium nicht unnötig verlängern. Die Welle einer Studienzeitverlängerung scheint abzuebben.

Für die Verkürzung der Studienzeit aber ist eine absolute Grenze gesetzt, die die Universität nicht zu überschreiten geneigt ist: Die Entwicklung der jeweiligen Wissenschaften selbst. Eine Ausbildung dauert heute länger als vor 20 oder 30 Jahren. Zum Beispiel nimmt im juristischen Studium auf Grund der politischen Entwicklung das öffentliche Recht heute einen sehr viel größeren Teil ein, als etwa in den zwanziger Jahren. Die Hochschulen sind — das ging aus einem Gespräch von Journalisten mit der Rektorenkonferenz hervor — um eine Rationalisierung des Studiums und um eine optimalere Nutzung der Studienzeit bemüht. Zugleich wurde sichtbar, daß eine Kürzung der gesamten Ausbildungszeit weitgehend außerhalb der Universität erfolgen muß.

Gegen Verlängerung der Pflichtsemester

Der Druck von Berufsverbänden auf die Universität ist stark. So müssen sich die Hochschulen gegen den Wunsch von Berufsverbänden wenden, um eine Verlängerung der

Studienzeit zu verhindern. In der letzten Zeit mußte hier insbesondere den Wünschen für das Pharmaziestudium und das Studium für die Veterinärmediziner ein Nein entgegengesetzt werden. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz wehrt sich grundsätzlich gegen eine Verlängerung der Pflichtsemester und will in Zukunft nur bei begründeter Argumentation Ausnahmen zulassen. Das Schwerk Gewicht soll vielmehr bei einer Straffung und Kürzung von weniger wichtigen Stoffen liegen. Aus dieser Einsicht ergeben sich für die Hochschulen eine Reihe didaktischer Konsequenzen.

Die Technischen Hochschulen haben einen Anfang gemacht: Eine Neuordnung der Studienpläne und ein vernünftiger Aufbau eines Studiums sollen künftig ermöglichen, das Studium in zehn bis zwölf Semestern bis zur Promotion abzuschließen. Eine solche Regelung wird auch bei der Chemie für möglich gehalten, während an den Universitäten eine Studiendauer von 18 Semestern bis zur Promotion keine Seltenheit war. In Verhandlungen mit der Industrie soll außerdem erreicht werden, daß im Gegensatz zu den bisherigen Gepflogenheiten von Chemikern nicht unbedingt eine Promotion verlangt wird.

Arbeitsgemeinschaften bei Juristen

Eine Reform des Studiengangs im Sinne einer Rationalisierung erfolgte auch bei den Juristen. Der Fakultätentag 1964 beschloß, obligatorische Arbeitsgemeinschaften für das erste und zweite Semester zu schaffen, in denen eine Einführung in das Studium für Gruppen von etwa 15 bis 20 Studenten unter der Leitung von Assistenten oder jungen Juristen erfolgen soll. Die Fakultäten hoffen, auf diese Weise der Hilflosigkeit der Studienanfänger wirksam begegnen zu können. Zugleich besteht die Hoffnung, daß frühzeitig in diesen Arbeitsgemeinschaften fehlende Begabungen für das juristische Studium erkannt und die Studenten für eine andere Ausbildung gewonnen werden können.

Schwieriger liegen diese Fragen in der philosophischen Fakultät, deren inhomogene Zusammensetzung Reformen nicht gerade erleichtert. Die Romanisten haben mit einem einheitlichen Schema für den Studiengang einen Anfang gemacht. Unterrichtete Kreise innerhalb der Hochschulen weisen jedoch darauf hin, daß in dieser Fakultät wie zum Beispiel auch bei den Volkswirten Richtungskämpfe verschiedener Schulen sich negativ auf eine Reform des Studienplanes auswirken.

Sorgen um die Prüfungsordnungen

Besondere Sorge bereitet den Universitäten das Prüfungswesen. Die Examenordnung für Staatsexamen und für Diplomprüfungen werden vom Staat festgesetzt. Es besteht ein Ausschuß der Westdeutschen Rektorenkonferenz und der Kultusministerkonferenz zur Neuordnung der

Diplomprüfungen. Die Examensordnungen — so wird geklagt — gehen häufig von perfektionistischen Vorstellungen aus. Eine Lockerung der Examensordnungen unter dem Gesichtspunkt, den Perfektionismus zu beseitigen, könnte den Hochschulen helfen, ihr Studium und die Studienordnungen auf Wesentliches zu begrenzen. Eine solche Regelung bliebe nicht ohne Konsequenzen: Zunehmend erweist sich, daß ein Studium nicht mit einem Examen abgeschlossen werden kann, sondern daß die Entwicklung der Wissenschaften selbst ein ständiges Weiterstudium notwendig macht. Damit sind Hochschulen und Berufsgruppen vor die Aufgabe gestellt, sich mehr als bisher der Fortbildung anzunehmen und dafür geeignete institutionelle Formen zu schaffen. Hier betreten Univer- sität wie Berufsgruppen Neuland.

Keine Änderung der Semesterzeiten

Wenig Erfolg für eine Verkürzung des Studiums ver- spricht sich die Rektorenkonferenz von einer Neuordnung der Semesterzeiten. So sieht zum Beispiel der hessische Entwurf eines Hochschulgesetzes vor, das Sommersemester vom 15. März bis zum 15. Juli, das Wintersemester vom 15. Oktober bis zum 15. Februar laufen zu lassen.

Der Lehrkörper der Hochschulen wehrt sich gegen eine solche Neuordnung, da sie im wesentlichen auf dem Mißverständnis beruht, daß die vorlesungsfreie Zeit Ferien für Professoren und Studenten bedeute. Gerade der Lehrkörper in den Massenfächern benötigt nach einem ange- messenen Urlaub eine Zeit ohne Vorlesungsverpflichtung,

Allen unseren Lesern

übermitteln wir auf diesem Wege die besten Wünsche für ein gutes und erfolgreiches Jahr 1965! Gleichzeitig möchten wir es nicht versäumen, all unseren Mitarbeitern und Lesern für das in dem zu Ende gegangenen Jahr unserer Arbeit entgegengebrachte Interesse und all denen, die uns mit Rat und Tat, mit Hinweisen und Beiträgen unterstützt haben, unseren Dank auszusprechen.

Verlag und Redaktion

um sich der Forschung widmen zu können. Allerdings haben Hochschullehrer beobachtet, daß Studenten häufiger die vorlesungsfreie Zeit auch als Ferien ansehen. Es sei daher notwendig, Möglichkeiten zu schaffen, die Studenten zur Arbeit zu bewegen. Ein Werkstudententum, das nicht nur der Finanzierung des Lebensunterhaltes, sondern auch der Befriedigung von Konsumansprüchen dient, wird nicht gerade als eine begrüßenswerte Erscheinung betrachtet. In den naturwissenschaftlichen Fächern arbeiten die Institute auch während der vorlesungsfreien Zeit weiter. TR.

Wissenschaftsbericht – Kontaktkommission – Bildungsrat

Kultur- und wissenschaftspolitische Aktivität am Jahreswechsel — Das neue Jahr bringt wichtige Entscheidungen

HD — Der Jahreswechsel stand in Bonn im Zeichen kultur- und wissenschaftspolitischer Aktivität. Das Bundeskabinett verabschiedete noch vor Weihnachten den ersten Wissenschaftsbericht, der den offiziellen Titel „Bundesbericht Forschung I“ trägt. Im Bundeskanzleramt konstituierte sich die im Abkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung vorgesehene ständige Kommission von Bund und Ländern. Der Haushaltsausschuß des Bundestages faßte wichtige Entschlüsse zum Wissenschaftshaushalt. Die Ministerpräsidenten der Länder werden am 15. Januar in Bonn sich mit einer Beteiligung des Bundes an dem Länderabkommen zur Finanzierung von Hochschulneugründungen auseinandersetzen. Im Januar wird eine gemischte Bund-Länder-Kommission über die Errichtung eines Bildungswerkes in Bonn verhandeln.

Das Bundeskabinett stimmte am 16. Dezember dem vom Bundesrat angeforderten Forschungsbericht zu, der noch im Januar dem Bundestag zugeleitet werden soll. Zum erstenmal wird mit diesem Bericht ein nahezu vollständiger Überblick über die von Bund, Ländern, Gemeinden und von privater Seite für die wissenschaftliche Forschung und Entwicklung ausgegebenen Mittel vermittelt. Die Bestandsaufnahme wird ergänzt durch eine Vorausschau des notwendigen finanziellen Bedarfs für Wissenschaft und Forschung einschließlich der Mittel für die wissenschaftliche Ausbildung bis zum Jahre 1968. Der Bericht weist auf Schwerpunkte in der Forschungsförderung, die durch Bund und Länder festgelegt werden. Internationale Vergleichsangaben sollen Auskunft über die Situation der deutschen Wissenschaftsförderung ermöglichen.

Künftig drei Prozent des Sozialprodukts

Die Bundesregierung vertrat die Auffassung, daß der Aufgabenanteil für die wissenschaftliche Forschung am Brutto- sozialprodukt der Bundesrepublik bis 1970 auf drei Prozent erhöht werden muß. 1964 wurden nur 1,9 Prozent des Brutto- sozialprodukts diesen Zwecken zugewandt. Der Bund hatte 1963 2,8 Prozent des Bundeshaushaltes — das sind rund 1,6 Milliarden Mark — für die Förderung der Forschung und der wissenschaftlichen Ausbildung ausgegeben. 1962 waren es nur 2,6 Prozent. Den größten Teil der Mittel nahm die Verteidigungsforschung mit 33,8 Prozent ein. Die allgemeine Wissenschaftsförderung war mit 23,5 Prozent, die Kernenergieforschung mit 20,8 Prozent, die Weltraumforschung mit 3,1 Prozent und die Studienförderung mit 5,7 Prozent beteiligt. Diese Förderungsprogramme ergaben rund 87 Prozent der Gesamtförderung, während der Rest für die Ressortforschung ausgegeben wurde.

Bestandsaufnahme oder Programm

Parlamentarische und wissenschaftspolitische Kreise in Bonn erwarten nach der Vorlage des Berichts im Bundestag eine wissenschaftspolitische Debatte für das Frühjahr. Dabei wird mit Sicherheit — wie diese Kreise betonen — die Frage aufgeworfen, ob der Wissenschaftsbericht neben der Vorausschätzung und Bedarfsfeststellung zugleich den Charakter eines wissenschaftspolitischen Programms erhalten soll. Das Finanzministerium ist zwar an einer Vorausschätzung des mittelfristigen Bedarfs innerhalb der Gesamtorientierung der Haushaltspolitik interessiert, möchte aber angesichts der großen auf den Bund zukommenden Aufgaben eine Festlegung durch die Bedarfsfeststellung vermeiden. Die Entscheidung über die Wissenschaftsförderung soll vielmehr durch eine jährliche Entscheidung über die Prioritäten im Bundeshaushalt erfolgen. Zum anderen gelten die Vorausschätzungen zunächst nur provisorisch: Der „Troeger-Ausschuß“ zur „Flurbereinigung“ innerhalb der Aufgaben und Ausgaben des Bundes und der Länder wird bis 1966 seinen Bericht vorlegen. Eine Änderung der Aufgabenverteilung liegt dabei im Bereich des Möglichen. Umdispositionen auf Seiten des Bundes und der Länder sind daher denkbar.

Der Wissenschaftsbericht beinhaltet — wie Bundesforschungsminister Lenz bereits mehrfach erklärt hat — die Forderung, daß die Mittel für die wissenschaftliche Forschung in den nächsten fünf Jahren verdoppelt werden müssen. Experten in Bonn schätzen, daß in diesem Zeitraum der Bund rund zehn Milliarden Mark für die Wissenschaftsförderung bereitstellen muß. Ein Betrag gleicher Höhe ergibt sich für die Länder.

Diskussion um Neugründungen

Unter Vorsitz von Bundeskanzler Ludwig Erhard konstituierte sich die Ständige Kommission von Bund und Ländern am 18. Dezember im Palais Schaumburg. Ihr gehören neben dem Bundeskanzler die Bundesminister Lenz, Hoecherl, Dahlgrün, Schmücker und Niederalft an. Die Länder werden durch den Hamburger Bürgermeister Dr. Nevermann, die Ministerpräsidenten Altmeier, Diederichs und Kiesinger sowie durch den nordrhein-westfälischen Finanzminister Pütz und den hessischen Kultusminister Schütte repräsentiert. Der Vorsitz soll nach einer Ab- sprache jährlich zwischen dem Bundeskanzler und dem Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz wechseln. Die Kommission konstituierte sich nach kurzen Erklärungen Erhards und Nevermanns. Bundesminister Lenz gab einen Überblick über den Forschungsbericht der Bundesregierung.

Erste Mittel für Medizinische Akademien

Einen ersten Schritt zur Beteiligung des Bundes an den Neugründungen hat der Haushaltsausschuß kurz vor Weihnachten getan. Er setzte in den Haushalt des Forschungsinstitut für 1965 eine Bindungsermächtigung in Höhe von 50 Millionen Mark als Bundesbeitrag für die neuen medizinischen Akademien in Hannover und Lübeck ein. Der Bund hatte in dem mit den Ländern im Sommer geschlossenen Verwaltungsabkommen sich zu einer jährlichen Leistung von 250 Millionen Mark für den Ausbau der bestehenden Hochschulen verpflichtet. Der Haushaltsausschuß stimmte einer Erhöhung auf 300 Millionen Mark zu. Der Bundesrat hatte im Herbst bei den ersten Beratungen des Bundeshaushaltes einen Betrag von 400 Millionen Mark für notwendig gehalten, um eine 50prozentige Beteiligung des Bundes an den Ausbaukosten sicherzustellen.

Die Länder, die sich ebenfalls zur Bereitstellung von 250 Millionen Mark verpflichtet hatten, gehen in diesem Jahr weit über diese Summe hinaus: Für 1965 stehen in den Länderetats rund 908 Millionen Mark an Kassenmitteln für den Ausbau bereit. Mit Sorge verfolgen die Länder und der Wissenschaftsrat diese Entwicklung. Beim Bundesforschungsministerium wurden für das nächste Jahr Zuschußanträge in Höhe von 576 Millionen Mark gestellt. Das Forschungsinstitut glaubt jedoch, mit einem Betrag von 300 Millionen Mark unter bestimmten Voraussetzungen den dringenden Bedarf befriedigen zu können. So sollen Projekte von weniger als einer Million Mark keinen Bundeszuschuß mehr erhalten. Außerdem sollen in erster Linie „Fortsetzungsmaßnahmen“ beim Ausbau der bestehenden Hochschulen gefördert werden. Neue Projekte werden Bundeszuschüsse nur im Fall großer Dringlichkeit erhalten. Der Bund will sich auch künftig beim Ausbau der Kliniken nicht mehr voll mit 50 Millionen Mark beteiligen, da hier nicht nur Forschung und Ausbildung gefördert werden, sondern zugleich die Versorgung der Bevölkerung mit Krankbetten. Bei der Finanzierung von neuen Kliniken soll dieser Umstand berücksichtigt werden. Neben den 300 Millionen Mark werden rund 70 Millionen Mark an Bindungsermächtigungen im Haushalt vorhanden sein. In Bonn wird angenommen, daß in der Kontaktkommission auch diese Frage demnächst erörtert werden wird.

Neue Vorschläge für den Bildungsrat

Eine Entscheidung über den Bildungsrat wird in den Gesprächen zwischen Bund und Ländern im Januar erwartet. Der Präsident der Kultusministerkonferenz, der baden-württembergische Kultusminister Prof. Wilhelm Hahn schrieb dazu in der politisch-sozialen Korrespondenz: „Wir wünschen, daß der Bildungsrat im neuen Jahre möglichst schnell errichtet und nicht unter formalen verfassungsrechtlichen Vorwänden überhaupt verhindert oder lebensunfähig wird. Wir sind bereit, mit allen zusammenzuarbeiten, die in der Verantwortung vor der Zukunft eine Bildungspolitik anstreben, die den Verhältnissen unserer Welt von heute und den Erfordernissen von morgen gerecht wird.“ Hahn bezeichnete es als Aufgabe der Bildungsplanung, die personelle und geschichtliche Situation vorausblickend bis zum Jahre 1985 zu erforschen und Konsequenzen für die Bildungspolitik aus diesem Zukunftsbild zu ziehen. „Um dieses Ziel zu erreichen“, schrieb Hahn, „müssen Wissenschaftler und Verwaltungsfachleute, Sozialpolitiker und Kulturpolitiker zusammenarbeiten.“

Hahn legte besonderen Wert darauf, „daß wir zu einer Gesamtplanung, zu einer bildungspolitischen Konzeption gelangen, die den Grundbewegungen der gesellschaftlichen Entwicklung unserer Welt gerecht wird: Auf der einen Seite sehen wir die Tendenz zur Vereinheitlichung, zur Angleichung sozialer Unterschiede, und auf der anderen Seite beobachten wir eine immer stärkere Differenzierung und Spezialisierung in allen Bereichen. Wir müssen daher jedem Bürger die gleichen realen Voraussetzungen für die jeweils bestmögliche Ausbildung schaffen und zugleich den verschiedensten Begabungen Rechnung tragen.“

Ein elastisches System

Bisher liegen zwei Pläne für den Bildungsrat vor. Die Koalitionsparteien im Bundestag entschieden sich für den „Hahn-Plan“, der die Schaffung einer Bildungskommission beim Wissenschaftsrat vorsieht. Die Kultusministerkonferenz hatte die Gründung eines eigenen Bildungsrates vorgeschlagen, bei dem eine Bildungskommission

nach dem Schlüssel der Sitzverteilung im Bundesrat gebildet werden sollte. Die Verwaltungskommission sollte nach diesen Vorstellungen von der Kultusministerkonferenz gebildet werden. Die Beteiligung des Bundes war vorgesehen, aber nicht näher präzisiert worden. Die Ministerpräsidentenkonferenz in Hamburg hatte sich nach dem Urteil von Beobachtern nicht voll hinter diesen Vorschlag der Kultusminister gestellt. Zugleich war sichtbar geworden, daß auch für den „Hahn-Plan“ unter den Ministerpräsidenten keine großen Sympathien bestehen. Die Verhandlungen der Länder mit dem Bund im Januar werden daher nach neuen Wegen einer Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern suchen.

In Bonn wurden Vorstellungen bekannt, die von dem Schema des „Hahn-Planes“ und des Kultusministervorschlages abweichen. Dabei sollen die Verantwortlichkeiten in einer klaren Scheidung betont werden. Die Vorschau und die Erarbeitung der für die Bildungsplanung notwendigen Grundlagen soll in mehreren Stufen und in Form einer Arbeitsteilung erfolgen. Der Bildungsrat soll ein kleines Gremium von acht bis zwölf hochqualifizierten und unabhängigen Experten zusammensetzen. Dieser Bildungsrat soll nicht selber detaillierte Überlegungen und Untersuchungen anstellen, sondern als „Brain-Trust“ die Regierungen in Bund und Ländern aus einer Gesamtschau und aus einer Beobachtung der Entwicklungen darüber beraten, welche Einzelmaßnahmen in der Bildungsplanung notwendig sind. Der Bildungsrat soll Vorschläge für Arbeitsaufträge an die bestehenden Organisationen geben. Dabei ist an die Kultusministerkonferenz mit ihren Ausschüssen sowie an die schon existierenden interministeriellen Ausschüsse gedacht.

„ad-hoc-Kommissionen“

Ein Großteil der Arbeit soll von „ad-hoc-Kommissionen“ geleistet werden, in denen unabhängige Sachverständige und Vertreter der an der Bildungsarbeit interessierten gesellschaftlichen Gruppen mit Verwaltungsexperten einen begrenzten und zeitlich befristeten Arbeitsauftrag erfüllen sollen. Die Kommissionen sollen Mehrheits- und Minderheitsvoten abgeben. Eine breite Skala von Themen wurden in diesem Zusammenhang genannt: So z. B. Kommissionen für die Berufserziehung, für die Ausbildungsförderung im Zusammenhang mit Erziehungsbeihilfen und der Familienpolitik, für Fragen der Lehrerbildung und der technischen Rationalisierung des Schulunterrichtes. Andere Kommissionen sollen sich der Struktur des Schulwesens annehmen. Bei allen diesen Arbeiten soll eine Vorausschau auf das Jahrzehnt von 1970 bis 1980 erarbeitet werden. Dieser Vorschlag hat in der Sicht seiner Befürworter zwei Vorzüge: Bund und Länder können je nach der anstehenden Sachfrage individuelle Formen der Zusammenarbeit finden und dabei sich besser an die verfassungsrechtliche Regelung der Zuständigkeiten anpassen, als es nach den bisherigen Vorschlägen möglich war.

Bund-Länder-Ausschuß

Dem Bildungsrat soll ein Bund-Länder-Ausschuß für nationale Bildungsplanung zur Seite gestellt werden, um eine Zusammenarbeit von der Verwaltung her zu leisten. An ein neues Sekretariat ist dabei nicht gedacht. Vielmehr soll dieser Ausschuß die Vorschläge des Bildungsrates dann in praktische Planung und Forschungsaufträge umsetzen. Der Bildungsrat soll diesen Regierungsausschuß vor allem beraten. Unterrichtete Kreise in Bonn nehmen an, daß die bestehende Kontakt-Kommission zwischen Bund und Ländern ohne größere Schwierigkeiten diese Aufgabe übernehmen könnte. Eine Reaktion des Bundes auf diese Vorstellungen ist bisher in Bonn noch nicht bekanntgeworden. Man vermutet jedoch, daß die Bundesregierung gerade wegen der notwendigen Zusammenarbeit mit den Ländern für diese Vorschläge aufgeschlossen ist und die elastischeren Formen dieser Vorstellungen den perfektionistischen Organisationsplänen des „Hahn-Planes“ und des Kultusminister-Vorschlages vorziehen wird.

T. R.

Eine dritte neue Hochschule in Nordrhein-Westfalen soll im Raum Bielefeld entstehen. Kultusminister Professor Dr. Paul Mikat will schon in diesem Jahr den Gründungsausschuß berufen. Die neue Hochschule soll nach dem Konstanzer Vorbild als „Forschungsuniversität“ errichtet werden und rund 3000 Studenten aufnehmen. Im Etat des Kultusministeriums für 1965 ist ein erster Betrag von 100 000 Mark als Planungskosten aufgenommen worden.

Evers-Plan gescheitert

Kultusministerkonferenz akzeptierte nicht das Aktions- und Zeitprogramm — 4 Länder enthielten sich der Stimme

HD — Der „Evers“-Plan scheiterte in der 105. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz. Der Berliner Schulsenator Carl-Heinz Evers vermochte sich nicht mit seinem Aktionsprogramm und dem Zeitplan zu vordringlich erforderlichen Maßnahmen auf dem Gebiet des Bildungswesens in den Ländern der Bundesrepublik durchzusetzen. Der bayerische Kultusminister, Dr. Ludwig Huber (CSU), und der baden-württembergische Kultusminister, Prof. Dr. Wilhelm Hahn, hatten gegen das Aktionsprogramm erhebliche Bedenken angemeldet. Die Stuttgarter Erklärung der Kultusministerkonferenz über vordringliche Maßnahmen wurde bei Stimmenthaltung von Bremen, Niedersachsen, Hessen und Berlin angenommen.

In dieser Erklärung stellte die Kultusministerkonferenz fest, daß sich die Länder durch die Novellierung des Düsseldorfer Abkommens vom 28. Oktober 1964 zu einer Vollzeitschulpflicht von neun Jahren bekannt und sich verpflichtet haben, unverzüglich auf den Erlaß entsprechender gesetzlicher Bestimmungen hinzuwirken. In fünf Ländern ist das neunte Schuljahr bereits voll verwirklicht, die anderen Länder haben es teilweise eingeführt und die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet, um — soweit die tatsächlichen Voraussetzungen gegeben sind — das neunte Schuljahr voll zu realisieren. Die Konferenz beschränkte sich auf diese Erklärung, während Evers eine Festlegung auf das Jahr 1968 wünschte.

Zum Lehrermangel

Zur Behebung des Lehrermangels erklärte die Konferenz, in allen Ländern seien vermehrte Maßnahmen getroffen worden, um mehr Lehrkräfte zu gewinnen. Die Zahl derjenigen, die den Lehrerberuf ergreifen wollten, sei erheblich gestiegen und habe sich in manchen Ländern mehr als verdoppelt. Die Ausbildungsstätten für Lehrer seien in allen Ländern erweitert oder vermehrt worden. Die Kultusminister wollen ihre Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels fortführen und zum Beispiel weitere qualifizierte Zugänge zur Lehrerbildung schaffen sowie die Ausbildung von Fachlehrern für technische und musische Fächer sowie für Leibeserziehung verstärken. Die Verbesserung der Lehrerbildung sei in einer Reihe von Ländern bereits verwirklicht und in anderen Ländern eingeleitet. Die Prüfungsordnungen und die Ausbildung der Gymnasiallehrer sollen der Entwicklung der Wissenschaft und der Schule stärker angepaßt werden. Evers hatte zu diesem Punkt einen Forschungsauftrag an das Deutsche Institut für internationale pädagogische Forschung über die Werbung für den Lehrerberuf gefordert. Er verlangte, einen Entwurf für eine Vereinbarung zur Lehrerbildung vorzubereiten und die Volksschullehrer bis spätestens 1966 auf die Besoldungsgruppe A 11 anzuheben und die Besoldung der Mittelschullehrer und Studienräte entsprechend zu verbessern.

Zur Einführung einer Pflichtfremdsprache von der fünften Klasse aller Schultypen an konstatierte die Konferenz, daß in der Mehrzahl der Länder dies bereits der Fall sei. Die Kultusminister beabsichtigten, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Abkommen voll zu verwirklichen. Dazu gehören nach Auffassung der Konferenz vor allem: Die Vermehrung der Lehrstühle und Lehraufträge für fremdsprachliche Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen und die Einrichtung von Ausbildungsgängen für im Dienst befindliche Lehrer zum Erwerb einer zusätzlichen Unterrichtsbefähigung in einer Fremdsprache. Evers hatte eine umgehende Erhöhung des Angebots an fremdsprachlichem Unterricht gefordert. Außerdem sollten alle Länder bis 1968 mit Schulversuchen beginnen, in denen ein Frühbeginn des Fremdsprachenunterrichts vor dem fünften Schuljahr erprobt werden sollte.

Ländliches Schulwesen umstritten

Zur Neuordnung des Schulwesens in ländlichen Gebieten heißt es in der Erklärung der Konferenz, daß in allen Ländern ausreichend gegliederte Schulen eingerichtet werden sollen und in mehreren Ländern diese Pläne bereits weitgehend verwirklicht worden seien. Die Kultusminister wollten diese Entwicklung auch künftig nachdrücklich fördern und dabei auf eine Regelung der Zuschüsse zu den Beförderungskosten der Schüler hinwirken. Evers hatte verlangt, daß ein Ausschuß der Stellvertreter der Kultusminister bis zum 1. Juni 1965 eine Vereinbarung

über die Gründung von Mittelpunkts-, Dörfergemeinschafts- oder Verbandsschulen ausarbeiten sollten. In der Frage der Neuordnung des ländlichen Schulwesens gab es in der Konferenz eine Kontroverse. Prof. Hahn wies darauf hin, daß in ländlichen Gebieten — wie zum Beispiel im Schwarzwald — solche Schulen nur sehr schwierig zu verwirklichen seien. Der niedersächsische Kultusminister Mühlenfeld (FDP) meinte dagegen, auch in den abgelegenen Dörfern der Lüneburger Heide seien die Mittelpunktschulen bereitwillig akzeptiert worden. In der Frage des ländlichen Schulwesens blieb die Stuttgarter Erklärung weit hinter den Plänen von Evers zurück. In der Erklärung wurde darauf verzichtet, überhaupt von Nachbarschafts-, Mittelpunkts- oder Verbandsschulen zu sprechen.

Nach Auffassung der Konferenz ermöglicht das Düsseldorfer Abkommen in seiner neuen Fassung neue Aufbauformen im Real- und Gymnasialschulwesen zur Förderung aller vorhandenen Begabungen. Die Kultusministerkonferenz stellte fest, daß die Länder von diesen Möglichkeiten im verstärkten Maße Gebrauch machen werden. Sie beabsichtigen, die Möglichkeit der Übergänge von höheren Fachschulen zur Hochschule zu erweitern und eine Vereinbarung zu diesem Zwecke vorzubereiten. Evers hatte ein detailliertes Programm für die Aufbaustufen vorgelegt, das nicht die Zustimmung der Konferenz fand.

Erziehungsbeihilfen erweitern

Zur Ausbildungsförderung heißt es in dem Stuttgarter Beschluß, daß schon jetzt in allen Ländern erhebliche Mittel für Erziehungsbeihilfen zur Verfügung ständen. Die Konferenz will für einen weiteren Ausbau des Systems der Erziehungsbeihilfen sowohl hinsichtlich der Beihilfenhöhe als auch der Bemessungsgrundlage eintreten. Auch in diesem Punkte setzte sich Evers nicht durch. Nach seinem Vorschlag sollten die Länder ab sofort — spätestens jedoch bis 1967 — allen geeigneten Schülern, deren Eltern eine bestimmte Einkommenshöhe nicht erreichen, spätestens vom 10. Schuljahr an eine angemessene Erziehungsbeihilfe gewähren. Für befähigte Schüler der Oberstufen der Gymnasien sollten Beihilfen nach der Bemessungsgrundlage der Studienförderung nach dem Honnefer Modell in Höhe der üblichen Lehrlingsvergütungen bezahlt werden. Über andere Punkte des Eversschen Vorschlages — verstärkte Förderung von Schulversuchen und Forschungsaufträgen an verschiedene Institute und Ausschüsse — faßte die Konferenz keinen Beschluß. Es ist jedoch beabsichtigt, einzelne Vorschläge zu einem späteren Zeitpunkt erneut zu erörtern.

Politische Gegensätze

Beobachter der Stuttgarter Konferenz registrierten erneut starke Gegensätze zwischen den sozialdemokratisch und christlich-demokratisch geführten Ländern. Der bayerische Kultusminister Huber wandte sich insbesondere gegen sogenannte „Vorschlagspakete“, wie sie der Evers-Plan nach dem Vorbild z. B. des Sozialpakets enthalte. Huber distanzierte sich auch in vorsichtiger, wenn auch nicht zu überhörender Form von dem Grundsatzbeschluß der 100. Plenarsitzung in Berlin im März 1964, in dem neue Grundsätze der Schulpolitik im europäischen Maßstab aufgezeigt worden waren. Huber wies darauf hin, daß dieser Erklärung nicht unbedingt eine Verbindlichkeit zuzumessen sei, da sie im wesentlichen nur auf internationale Entwicklungen abgestellt sei. Politische Beobachter in Stuttgart meinten, daß die bevorstehenden Bundestagswahlen auch ihren Schatten auf die Kultusministerkonferenz geworfen hätten. So sei es aus politischen Gründen den christlich-demokratischen Kultusministern nicht möglich gewesen, den Evers-Plan — abgesehen von sachlichen Meinungsverschiedenheiten im einzelnen — als Gesamtplan zu akzeptieren. Der Bremer Senator Dehnkamp meinte dazu, in der Sache bestünden keine großen Verschiedenheiten, wohl aber in den Auffassungen über das beste Verfahren.

Wesentliche Teile des Evers-Plans wurden in der Stuttgarter Erklärung nicht erwähnt. Zu diesen Teilen gehören die Schulversuche mit einer zweijährigen Förderstufe zwischen Grundschule und weiterführender Schule, Ganztagschulen und Gesamtschulen. Auch die Vorschläge zur Rationalisierung der Arbeiten der Schule und zur besseren Information der Eltern über die Bildungsmöglichkeiten fehlen in der Stuttgarter Erklärung

Der schleswig-holsteinische Kultusminister von Heydebäck (CDU) meinte zu der Diskrepanz zwischen Evers-Plan und Stuttgarter Erklärung, ein einheitlicher Aktionsplan sei nicht zustande gekommen, weil die Länder beim Ausbau und bei der Reform des Bildungswesens die Gewichte verschieden verteilt hätten. Wenn in gewissen Punkten die Erklärung schweige, bedeute dies nicht, daß nichts geschehen solle.

Auch in dieser Äußerung sahen kulturpolitische Beobachter in Stuttgart eine Bestätigung für die politischen Schwierigkeiten, mit denen die Kultusminister im Wahljahr zu kämpfen haben. Der Vorstoß des Berliner Schulsenators Evers ist daher in den Augen dieser Beobachter nicht so sehr wegen der im einzelnen bestehenden, aber nicht unüberwindbaren sachlichen Differenzen zu erklären, sondern weitgehend aus politischen Gründen. Nur so erklärt sich auch die Stimmhaltung der vier Länder. Dehnkamp (Bremen) vertrat in einer Pressekonferenz dazu die Auffassung, manches hätte rascher und einheitlicher angepackt werden können. In kulturpolitischen Kreisen Bonn wird jedoch in den nächsten Plenarsitzungen mit erneuten Vorstößen der sozialdemokratisch geführten Länder in Einzelfragen gerechnet.

Schuljahrverlegung bis 1967

Die Konferenz beschloß, die Verlegung des Schuljahresbeginns vom Ostertermin auf den Herbst bis spätestens 1967 in allen Bundesländern einzuführen. Die Kultusminister werden auf ihrer Februar-Konferenz in Bonn

mitteilen, welche Übergangsregelungen sie zur Vermeidung von Schwierigkeiten treffen wollen.

Die Konferenz verabschiedete eine Rahmenordnung für die Ausbildung und Prüfung von technischen Assistenten und technischen Assistentinnen. Der Austausch künftiger Volksschullehrer zwischen Frankreich und der Bundesrepublik soll verstärkt werden. Das französische Unterrichtsministerium hatte vorgeschlagen, im Frühsommer 1965 je 120 Studenten der deutschen pädagogischen Hochschulen mit Studenten der französischen Ecoles Normales auszutauschen.

Der baden-württembergische Kultusminister, Professor Dr. Wilhelm Hahn, wurde zum Präsidenten der Konferenz für das Jahr 1965 gewählt. Erster Vizepräsident wurde der hessische Kultusminister Professor Schütte, zweiter Vizepräsident der nordrhein-westfälische Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat, der 1964 als Präsident wirkte.

Die Konferenz billigte das Schwerpunktprogramm des „Instituts für Film und Bild“ in München für die nächsten vier Jahre. Das Institut soll audio-visuelles Hilfsmaterial für die politische Bildung aller Altersstufen bereitstellen. Arbeitshilfen, die den Zugang zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagen der industriellen Arbeitswelt ermöglichen, sollen in dem Institut produziert werden. Forschungsarbeit auf den Gebieten des Schulfernsehens und des programmierten Lernens mit Hilfe von Sprachlaboratorien und Lernmaschinen zählen ebenso zu dem Schwerpunktprogramm. — etc —

Clearing-Stelle für Medizinstudenten

Künftig nur Bewerbung bei einer Hochschule — Zentrale in Bonn

HD — Eine „Clearing-Stelle für die Vermittlung der Zulassung zum Studium der Medizin und Zahnmedizin“ wird in Bonn eingerichtet. Diese Stelle wird ihre Tätigkeit bereits zum Sommersemester 1965 aufnehmen. Die Ständige Konferenz der Kultusminister stimmte am 18. Dezember in Stuttgart zur Gründung dieser Vermittlungsstelle zu. Sie geht auf einen Vorschlag der Westdeutschen Rektorenkonferenz zurück.

In den vergangenen Jahren hatten sich in den Medizinischen Fakultäten bei den Zulassungen zum Studium organisatorische und arbeitstechnische Schwierigkeiten dadurch ergeben, daß sich Studenten bei mehreren Hochschulen beworben hatten; teilweise erhielten sie von mehreren Fakultäten Zulassungen. Nicht ausgenutzte Plätze, die durch diese Mehrfachbewerbungen verursacht worden waren, konnten später nicht mehr besetzt werden.

Die Funktion dieser Clearing-Stelle für die Vermittlung der Zulassung zum Studium der Medizin und Zahnmedizin besteht in erster Linie darin, Doppel- und Mehrfachbewerbungen bei der Zulassung auszuschließen. Die Studienbewerber sollen darüber unterrichtet werden, ob und an welcher Hochschule noch freie Studienplätze vorhanden sind. Der Bewerber ist künftig gehalten, in seinem Zu-

lassungsantrag zu versichern, daß er seine Bewerbung nur bei einer wissenschaftlichen Hochschule eingereicht hat. Um Doppelbewerbungen zu verhindern, soll das Reifezeugnis im Original der Bewerbung beigelegt werden. Auf einer Meldekarte hat der Studienbewerber weitere Hochschulen anzugeben, an denen er zugelassen werden möchte, falls die Bewerbung an der Hochschule seiner ersten Wahl nicht berücksichtigt werden kann. Zugleich muß der Bewerber sein Einverständnis erklären, daß sein Antrag bei Erschöpfung der Kapazität der von ihm gewünschten Hochschulen an andere Fakultäten mit noch verfügbaren Studienplätzen für Medizin und Zahnmedizin übersandt wird.

Der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen wird die Clearing-Stelle bei der Bonner Universität zunächst für das Sommersemester 1965 und für das Wintersemester 1965/66 errichten und die Finanzierung übernehmen. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz betonte, daß die Freiheit der Fakultäten bei der Zulassung von Studenten durch diese Clearing-Stelle nicht angetastet wird. Die WRK hofft, durch die neue Einrichtung Erfahrungen darüber zu sammeln, in welchem Umfang Studienplätze für Medizin zu Beginn des Studiums fehlen.

Dr. Kurt Zierold aus der DFG ausgeschieden

Dr. Kurt Zierold ist am 5. Januar wegen Überschreitung der Altersgrenze aus seinem Amt als Generalsekretär der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgeschieden. Es wäre ein Irrtum, wollte man glauben, daß er sich nun auch aus der Verantwortung für die Selbstverwaltung in der Forschung entlassen fühlte — aus einer Verantwortung, die er schon sehr früh und mit wachsender Eindringlichkeit empfunden hat.

Zierold trat bald nach Abschluß seines Studiums in das Preußische Kultusministerium ein, in dem ihm immer wieder neue schwierige, aber auch reizvolle Aufgaben zuteil wurden. Von der Schulabteilung zur Kunstabteilung, vom Aufbau des Systems der Pädagogischen Akademien zu den Akademien der Künste und schließlich — in trüber Zeit — zur Gründung und Leitung des Instituts für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht führte ihn sein Weg. Und gerade in den entscheidenden Jahren seiner Entwicklung fand er in dem ganz unorthodoxen Kultusminister Becker einen Vorgesetzten, der durch sein ganzes Wesen dazu beitrug, daß Zierold — bald schon zum

Freundeskreis Beckers gehörend — ein ausgezeichnete Verwaltungsbeamter, niemals aber ein Bürokrat geworden ist.

Über das Verhältnis von staatlicher Verwaltung und Selbstverwaltung hat Zierold sich schon früh Gedanken gemacht, und die Gelegenheit, sie in die Tat umzusetzen, bot sich ihm, als die westdeutschen Kultusminister ihm im Frühjahr 1949 den Aufbau und die Leitung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft übertrugen. Er hat Staat und Selbstverwaltung nie als Gegner betrachtet, sondern sie stets in guter Partnerschaft, in gegenseitiger Ergänzung gesehen. Aber ihm war auch stets bewußt, daß in einer Zeit, in der der Staat immer neue Bereiche in seine Zuständigkeit einbezieht, den eigentlich unpolitischen Raum und damit die Selbstverantwortung des Individuums immer mehr einengt, der Platz für die Selbstverwaltung mit zäher Beharrlichkeit erobert und gesichert werden muß. „Die echte Bejahung des Selbstverwaltungsprinzips fordert von einem Politiker, sei er Minister oder Abgeordneter, ein hohes Maß von staats-

politischer Einsicht. Politiker sein, heißt aus Leidenschaft mit der Macht umgehen, auf Machterhaltung und Machtgewinn aus sein. Für das natürliche Gefühl des Politikers gilt der Satz: ‚Wer zahlt, herrscht.‘ Selbstverwaltungsorganisationen finanziell fördern und auf die staatliche Entscheidungsbefugnis verzichten: das muß sich der Politiker immer wieder neu abringen.“

Es ist Zierold gelungen, die Selbstverwaltung der Forschung zu erhalten, trotz des am Anfang noch ungeklärten Verhältnisses Bund — Länder, trotz mancher Anfeindung und Verständnislosigkeit und trotz der Tatsache, daß die Notgemeinschaft — seit 1951 Deutsche Forschungsgemeinschaft — sich immer wieder als mahndendes Gewissen betätigen mußte, wollte sie ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Denkschriften der Forschungsgemeinschaft über die Lage in einzelnen Disziplinen oder in größeren Forschungsbereichen gehen ganz wesentlich auf Zierold zurück, aber — und das entspricht seinem Wesen — sie verbinden die Kritik mit dem positiven Vorschlag; sie sind konstruktiv und realistisch.

Man mag — sicher nicht zu Unrecht — das Wachsen des Etats von 2½ Mio. DM im Jahre 1949 auf 122 Mio. im Jahre 1964 als ein Zeichen des Erfolges betrachten. Entschneider ist die Übertragung immer neuer Aufgaben auf die Deutsche Forschungsgemeinschaft, ist die im Sachlichen wie im Menschlichen gute Zusammenarbeit von Gelehrten, Behördenvertretern und Repräsentanten der Wirtschaft in der Bewältigung der Aufgaben, die in einem modernen Industriestaat der Forschung und ihrer Förderung gestellt sind.

Zierold ist nicht nur der Praktiker der Selbstverwaltung, sondern er hat auch in einer Reihe vielbeachteter Publikationen wichtige Beiträge zu ihrer theoretischen Grundlegung wie zu ihrer Begrenzung geliefert. Man darf hoffen, daß er die vor ihm liegenden Jahre — die nach seinen eigenen Worten nicht ein Ruhestand sein werden — dazu benutzen wird, die am Anfang stehende Idee und ihre Realisierung, Verlauf und Ergebnis zu prüfen, zu analysieren und das herauszuheben, was für die künftige Entwicklung wichtig ist.

Dr. T.

Kurz berichtet

Eine fünfjährige Aufbauzeit ist für die Medizinische Akademie Hannover vorgesehen. Nach Angaben des niedersächsischen Kultusministeriums sollen in diesem Zeitraum ein zentrales Klinikum mit eintausend Betten sowie Gebäude für die vorklinischen Institute fertiggestellt werden. Die Kosten werden auf 350 bis 400 Mio DM geschätzt. Der Lehrbetrieb an der neuen Medizinischen Akademie wird für 40 Studenten schon im Sommersemester 1965 beginnen. Die Studentenzahlen sollen langsam von Semester zu Semester gesteigert werden und schließlich eine Höhe von etwa 1000 erreichen. Bis zur Fertigstellung der Gebäude werden die Studenten der vorklinischen Semester in Gebäuden der Tierärztlichen Hochschule und der Technischen Hochschule Hannover unterrichtet, die zum Semesterbeginn 1965 bezugsfertig sein werden. Im Hannoverschen Oststadtkrankenhaus wird ein dreigeschossiger Forschungstrakt errichtet. Zum Gründungsrektor der Medizinischen Akademie, die später voraussichtlich den Namen „Medizinische Hochschule“ tragen wird, wurde der Göttinger Internist, Prof. Dr. Rudolf Schön — früher Göttinger Rektor — ernannt. Die Medizinische Akademie soll in vier gleichberechtigte Unterfakultäten aufgeteilt werden: Vorkliniker, Kliniker, klinische Forschung und Theorie. Diesen Unterfakultäten wird ein Direktor als „Primus inter pares“ vorstehen.

Für den Ausbau medizinischer Universitätskliniken und anderer medizinischer Forschungseinrichtungen wurden von 1958—1964 rund 290 Mio DM vom Bund ausgegeben. Die Kliniken erhielten rund 170 Mio DM, die Theoretische Medizin über 87 Mio und die Schwesternhäuser und Personalheime rund 32 Mio DM.

Einen wissenschaftlichen Beirat hat die Bundesärztekammer berufen. Er hat die Aufgabe, die Kammer in allen wissenschaftlichen Fragen zu beraten, insbesondere bei der Vorbereitung und Verwirklichung von Gesetzen für das öffentliche Gesundheitswesen. In Zusammenarbeit mit dem „Deutschen Senat für Ärztliche Fortbildung“ soll er Vorschläge für eine ständige wissenschaftliche Fortbildung der Mediziner ausarbeiten. Zugleich soll er Fragen behandeln, die auf dem Gebiet der Arzneimitteltherapie besondere Bedeutung besitzen.

Die erste Spezialklinik für Neurotiker in der Bundesrepublik entsteht in Stuttgart. Der Stuttgarter Verein „Haus für Neurosekrankheiten“ will das Klinikgebäude errichten. Eine Forschungsstelle soll der Klinik angegliedert werden. An den Kosten in Höhe von 4,5 Mio. DM wollen sich der Bund, Baden-Württemberg und die Stuttgarter Stadtverwaltung beteiligen.

Über 56 000 Ausländer lernten Deutsch im Goethe-Institut: Diese Bilanz aus elf Jahren Tätigkeit des Goethe-Instituts wurde in einem Rechenschaftsbericht der Geschäftsführung gezogen. Die Ausländer stammten aus 111 Ländern. 1964 nahmen an den Sprachkursen des Goethe-Instituts in der Bundesrepublik 9400 Ausländer teil, 544 mehr als im Vorjahr. Über die wachsende Beliebtheit der deutschen Sprache berichtete der Leiter der Kulturabteilung des

Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Sattler, vor Göttinger Professoren und Studenten. Besonders in den arabischen und asiatischen Staaten sei das Interesse an einem Deutschunterricht gewachsen. Die Bundesrepublik unterstützt die Arbeit von 248 deutschen Auslandsschulen, die mehr als 54 000 Schüler besuchen, 1100 Lehrkräfte aus dem innerdeutschen Schuldienst waren 1964 im Ausland tätig.

Die „Deutsche Stiftung Musikleben“ will junge begabte Künstler fördern. Das Kuratorium der Stiftung, dessen Präsident Bundesforschungsminister Dr. Hans Lenz ist, beschloß auf einer Tagung in Bad Godesberg neue Richtlinien für die Förderung. Insbesondere sollen Frühbegabungen unterstützt werden.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. wurde in Bonn gegründet. Sie soll hochbegabte Studenten fördern und sich der politischen Grundlagenforschung widmen. Die bereits bestehende Politische Akademie Eichholz bei Bonn wurde der neuen Stiftung angegliedert. Vorsitzende der neuen Stiftung sind der frühere Staatssekretär Dr. Thedieck und Prof. Dr. Müller-Armack. Die Leitung der Stiftung übernahm Dr. Peter Molt, der bisher die Politische Akademie in Eichholz leitete.

Das „Deutsche Übersee-Institut“ in Hamburg wurde gegründet. Bürgermeister Dr. Paul Nevermann unterzeichnete Mitte Dezember die Gründungsurkunde. Das Institut, das auf eine Anregung von Bundespräsident Lübke ins Leben gerufen wurde, soll die Entwicklung in Übersee beobachten und seine wissenschaftlichen Erkenntnisse an die deutsche Wirtschaft weitergeben. Die Hamburger Bürgerschaft — das Landesparlament — hatte Anfang Dezember ein Stiftungskapital von rund 2 Mio. DM bereitgestellt. Der emeritierte Prof. Dr. Andreas Predöhl wurde zum Leiter des Instituts berufen.

Einen gesetzlichen Schutz für den Titel „Ingenieur“ befüworteten Sachverständige vor dem Mittelstandsausschuß des Bundestages. Der Ausschuß berät über die Möglichkeiten, die Führung dieses Titels durch Gesetz an bestimmte Voraussetzungen zu binden.

Zu einem Symposium über die praktische Anwendung der Atomforschung trafen sich im Dezember 90 Wissenschaftler und Industrieexperten aus 14 Ländern in der dänischen Atomversuchsanstalt Risoe. Zu dieser Tagung hatte das britische Komitee für Gamma- und Elektronenstrahlung eingeladen. Vier deutsche Wissenschaftler waren vertreten.

Die wissenschaftliche Kommission beim SPD-Parteivorstand konstituierte sich in Bonn. Vorsitzender wurde Prof. Dr. Carlo Schmid, Stellvertreter des SPD-Schatzmeisters Alfred Nau. Die Kommission soll über die Verteilung von Mitteln an die Wissenschaft entscheiden, die der SPD aus dem Bundeshaushalt zufließen und die sie nicht für eigene Zwecke verwenden will. Die Kommission will Forschungsstipendien und Druckkostenzuschüsse für Arbeiten über

die Entwicklung und Struktur sowie die Funktion politischer Parteien in Deutschland vergeben. Auch Arbeiten über die Entwicklung und Struktur von Organisationen und Institutionen, die eine gesellschaftspolitische Bedeutung besitzen, sollen gefördert werden. Die Kommission will Habilitationsschriften, Dissertationen und wissenschaftliche Arbeiten gleichen Ranges zu diesen Themen finanziell unterstützen. Bewerbungen sind an die Kommission zu richten. Die Richtlinien der Volkswagen-Stiftung werden als Grundlage für die Förderung benutzt. Die Rektoren der deutschen Hochschulen wurden aufgefordert, geeignete Stipendiaten zu Bewerbungen zu ermuntern.

Für gemeinsame Forschungseinrichtungen werden die Bundesländer 186,3 Mio. DM im Jahre 1965 zahlen. Die Kultus- und Finanzminister der Länder legten in einer Sitzung in Bonn die Zuschüsse für die Max-Planck-Institute, für die Deutsche Forschungsgemeinschaft und 35 wissenschaftliche Forschungseinrichtungen fest, die über den Wirkungsbereich eines einzelnen Landes hinausgehen. 1964 wurden für diese Einrichtungen rund 155,8 Mio. DM, 1963 rund 125,1 Mio. DM von den Ländern bereitgestellt. Die Zuschüsse der Ländergemeinschaft für die Max-Planck-Institute werden 1965 rund 75,8 Mio. DM (1964 rund 83,8 Mio. DM) betragen. Für die Deutsche Forschungsgemeinschaft werden 58 Mio. DM bereitgestellt (1964 = 30 Mio. DM). Bund und Länder haben durch das „Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung“ vereinbart, je die Hälfte für diese beiden Einrichtungen an Finanzmitteln aufzubringen. Die Länderinstitute mit überregionaler Bedeutung werden 1965 rund 52,5 Mio. DM erhalten, 1964 wurden 42 Mio. DM ausgegeben.

Bei der Neugründung der Universität Regensburg sind Schwierigkeiten bei der Grundstücksbeschaffung aufgetreten. Der bayerische Staat hatte von der Thurn- und Taxischen Vermögensverwaltung Grundstücke erworben. Die Stadt Regensburg hat bisher angrenzende Grundstücke dem bayerischen Staat nicht verkauft. Die vom bayerischen Kultus- und Finanzministerium in Aussicht genommenen Grundstücke werden von der Stadt Regensburg für den Wohnungsbau in Betracht gezogen.

Eine Zusammenarbeit der Universitäten von Moskau und Ost-Berlin wurde vereinbart: Die Humboldt-Universität in Ost-Berlin und die Lomonossow-Universität in Moskau wollen 1965 und 1966 einen Austausch wissenschaftlicher Forschungen und von Publikationen auf dem Gebiet der Didaktik vornehmen. Je acht Gastprofessoren sollen ausgetauscht werden.

Eine Reform der ersten Staatsprüfung für das Lehramt an höheren Schulen steht in Nordrhein-Westfalen bevor: Das Kultusministerium hat angeordnet, daß zwei Prüfungsfächer auch dann genügen, wenn Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen nicht gewählt wurden. Diese neue Regelung ist für die naturwissenschaftlichen Fächer von besonderer Bedeutung. Beim Erwerb einer Lehrbefähigung für Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen, Kunst und Musik

soll für das zweite Fach nur die Lehrbefähigung für die Unter- und Mittelstufe gefordert werden. Bei einer Lehrbefähigung für Sport in allen Stufen reicht für jedes andere Fach eine Befähigung für die Unter- und Mittelstufe aus. Diese Maßnahmen sollen zu einer Verkürzung der Studienzzeit beitragen und den Lehrermangel an Gymnasien beheben.

Zum Verbindungsstudententum hat sich der niedersächsische Kultusminister Dr. Hans Mühlenfeld (FDP) im Dezember in Hannover vor dem 14. Festkommers der Altakademiker-Verbände bekannt. Mühlenfeld bedauerte, daß Korporationsstudenten allzu oft von massiven Kritikern wegen ihrer traditionellen Bräuche als Feinde der Demokratie bezeichnet werden.

Für die Ruhr-Universität wurden bisher 51 Professoren vom nordrhein-westfälischen Kultusministerium ernannt. Verhandlungen mit 40 anderen Professoren sind noch nicht abgeschlossen. Die Berufungskommission hat diese Namen dem Ministerium vorgeschlagen.

Der Euratom-Forschungshaushalt 1965 wurde vom Ministerrat in Höhe von 76,7 Millionen Dollar verabschiedet. Im Vorjahr waren 96 Millionen Dollar bewilligt worden. Die Euratom-Kommission hatte für dieses Jahr 85 Millionen Dollar beantragt. Der Ministerrat will noch vor dem 1. April den zweiten Fünfjahresplan von Euratom den technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen anpassen. Über den Haushalt war es zu monatelangen Meinungsverschiedenheiten gekommen. In Brüssel wird es für möglich gehalten, daß noch in diesem Jahr ein Nachtragshaushalt verabschiedet wird. Das Mitglied der Euratom-Kommission, Prof. Enrico Medis, hat seinen Rücktritt erklärt. Er gehörte der Kommission seit ihrer Errichtung im Januar 1958 an und wird voraussichtlich am 1. März ausscheiden.

Ein Studium haben 25 Offiziere der Bundeswehr im Wintersemester 1964/65 auf Kosten der Bundeswehr begonnen. Die Bundeswehr fördert gegenwärtig das Studium von 527 jungen Menschen, von denen ein großer Teil Medizin studiert. Etwa 100 studieren in technischen Disziplinen. Nach Abschluß ihrer akademischen Ausbildung beginnen sie ihre Dienstzeit in der Bundeswehr.

Als Klinikum der TH Aachen werden die bisher städtischen Krankenanstalten benutzt werden. 1100 Betten werden für die Kliniken zur Verfügung stehen. Die Krankenanstalten gingen kostenlos an das Land über. Die Stadt Aachen wird auch künftig einen laufenden Zuschuß für die Kliniken zahlen. Ein Vertrag zur Regelung von Einzelheiten wurde von Kultusminister Professor Dr. Paul Mikat und der Stadtverwaltung unterzeichnet.

Ein Memorandum zur deutschen Weltraumforschung wird im Frühjahr 1965 veröffentlicht. Die deutsche Kommission für Weltraumforschung hat seit mehreren Monaten an diesem Memorandum gearbeitet, um einen Überblick über den Stand der Weltraumforschung zu geben und die künftigen Grundlinien der Forschungsförderung auf diesem Sektor aufzuzeigen.

PERSONALIA

NEUE REKTOREN UND DEKANE

Hamburg: Prof. D. theol. Georg Kretschmar (Praktische Theologie) wurde für die Zeit vom 1. 4. 1965 bis 31. 3. 1966 zum Dekan der Evangelisch-Theologischen Fakultät gewählt.

Kiel: Zu Dekanen für das Amtsjahr vom 1. 1. 1965 bis 31. 12. 1965 wurden gewählt: Prof. D. theol. Peter Meinhold (Kirchen- und Dogmengeschichte) für die Theologische Fakultät; Prof. Dr. jur. Dieter Medicus (Römisches Recht und Bürgerliches Recht) für die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät.

Tübingen: Prof. Dr. phil. Walter Gerstenberg (Musikwissenschaft) wurde für das Amtsjahr 1965/66 zum Rektor Fakultät gewählt.

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Aachen: Prof. Dr. phil. Oswald Hauser (Mittlere und Neuere Geschichte) wurde zum ordentlichen Professor er-

nannt und auf das Ordinariat für Neuere Geschichte berufen. Prof. Dr. phil. Wolfgang Braunsfeld (Kunstgeschichte) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität München.

Berlin (FU): Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Prof. Dr.-Ing. Georg Mancke (Makromolekulare Organische Chemie), Wissenschaftlicher Rat Priv.-Doz. Dr. phil. Heinz Quirin (Mittelalterliche Geschichte und Historische Landeskunde), Wissenschaftlicher Rat Priv.-Doz. Dr. phil. Gilbert Ziebur (Wissenschaft von der Politik und Neuere Geschichte). Prof. Dr. phil. Reinhard Elze (Mittlere und Neuere Geschichte) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Heidelberg erhalten.

Bonn: Prof. Dr. phil. Arno Esch (Englische Philologie) hat einen Ruf auf ein Ordinariat für Anglistik an der Universität Göttingen erhalten. Prof. Dr. phil. Stephan Skalweit (Neuere Geschichte) wurden zum ordentlichen Professor für Mittelalterliche und Neuere Geschichte ernannt.

Darmstadt: Prof. Dr. jur. Martin Drath (Öffentliches Recht) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl seines Faches berufen. Dr.-Ing. Gerhard Pahl wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl I für Maschinenelemente berufen.

Freiburg: Prof. Dr. rer. nat. Carsten Bresch/Köln (Mikrobiologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und der Lehrstuhl für Genetik übertragen.

Gießen: Priv.-Doz. Dr. rer. pol. Arthur Woll/Freiburg (Volkswirtschaftslehre) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl seines Faches berufen. Priv.-Doz. Dr. jur. Spiros Simitis/Frankfurt (Handels- und Wirtschaftsrecht, Bürgerliches Recht und Internationales Privatrecht) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl seines Faches berufen. Wissenschaftlicher Rat Priv.-Doz. Dr. phil. Hans Schabram (Englische Philologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Englische Philologie II berufen. Prof. Dr. med. Oskar Grüner/Frankfurt (Gerichtliche und Soziale Medizin) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl seines Faches berufen.

Göttingen: Prof. Dr. med. Werner Creutzfeldt/Freiburg (Innere Medizin) ist zum ordentlichen Professor ernannt worden. Priv.-Doz. Dr. rer. pol. Hans-Dieter Deppel/Münster (Betriebswirtschaftslehre) wurde beauftragt, den neu errichteten Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre bis zu seiner Ernennung zum ordentlichen Professor vertretungsweise wahrzunehmen.

Hamburg: Prof. Dr. rer. nat. Hans Werner (Lebensmittelchemie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Hannover (TH): Dr.-Ing. Erich Lackner wurde zum ordentlichen Professor ernannt und ihm der Lehrstuhl für Bodenmechanik, Wasserkraftanlagen, Wehr- und Talsperrbau übertragen.

Heidelberg: Prof. Dr. med. Gustav Wagner/Kiel (Haut- und Geschlechtskrankheiten, Medizinische Dokumentation und Statistik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und ihm der neugeschaffene Lehrstuhl für Medizinische Dokumentation, Information und Statistik übertragen. Mit dieser Professur ist die Leitung des gleichnamigen Instituts am Deutschen Krebsforschungszentrum verbunden.

Karlsruhe: Prof. Dr. Heinrich-Wolfgang Leopoldt wurde zum ordentlichen Professor ernannt und ihm der neue Lehrstuhl für Mathematik übertragen. — Priv.-Doz. Dr. Erwin Scheele wurde zum ordentlichen Professor ernannt und ihm der Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre I übertragen.

Kiel: Priv.-Doz. Dr. theol. Günter Klein/Bonn (Neues Testament) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf das Ordinariat seines Faches berufen. — Als ordentliche Professoren an die Medizinische Akademie Lübeck wurden berufen: Prof. Dr. med. Wichard Freiherr v. Massenbach (Gynäkologie und Geburtshilfe); Prof. Dr. med. Ernst Jeckeln/Hamburg (Pathologie); Prof. Dr. med. Rudolf Preuner (Hygiene und medizinische Mikrobiologie) auf den Lehrstuhl für Hygiene und Prof. Dr. med. Helmut Remé (Chirurgie) auf den Lehrstuhl seines Faches. Alle Herren wurden gleichzeitig zu Direktoren ihrer Institute bestellt.

Mainz: Prof. Dr. rer. pol. Antonio Montaner (Volkswirtschaftslehre und Außenhandelskunde) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg erhalten.

München: Prof. Dr. phil. Emmerich Francis (Soziologie) hat einen Ruf an den neuerrichteten Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Würzburg erhalten. — Priv.-Doz. Dr. med. Frank Marguth/Köln (Neurochirurgie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt mit der Verpflichtung, sein Fach in Forschung und Lehre zu vertreten. — Prof. Dr. med. Albert Herrlich (Innere Medizin und Tropenmedizin) wurde auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Vergleichende Tropenmedizin berufen.

Tübingen: Prof. Dr. theol. Leo Scheffczyk (Dogmatik) hat einen Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Dogmatik an der Universität Würzburg erhalten. — Prof. Dr. jur. Robert Scheyhing/Kiel (Deutsche Rechtsgeschichte, Bürgerliches Recht und Handelsrecht) hat den Ruf auf das Ordinariat für Bürgerliches Recht angenommen.

Würzburg: Zu ordentlichen Professoren wurden ernannt: Wissenschaftlicher Rat apl. Prof. Dr. phil. Dieter Timpe/Kiel (Alte Geschichte) und apl. Prof. Dr. phil. Erich Lüdeckens/Mainz (Ägyptologie).

b) außerordentliche Professoren

Bonn: Apl. Prof. Dr. phil. habil. Otto Kleemann (Vor- und Frühgeschichte) wurde auf den wieder eingerichteten Lehrstuhl für Vor- und Frühgeschichte als außerordentlicher Professor berufen.

Frankfurt: Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Georg Schneider (Pharmakognosie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den außerordentlichen Lehrstuhl seines Faches berufen.

Freiburg: Priv.-Doz. Dr. Richard Völkl wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und ihm der außerordentliche Lehrstuhl für Caritaswissenschaft übertragen.

Gießen: Prof. Dr. agr. Wilhelm Hudde (Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl seines Faches berufen. — Priv.-Doz. Dr. med. Andreas Okse/Kiel (Anatomie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf das Extraordinariat seines Faches berufen.

c) Honorarprofessoren

Freiburg: Prof. Dr. theol. Karl Deuringer (Caritaswissenschaft) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

Hamburg: Dr. med. Hans Martin Landecker wurde zum Honorarprofessor in der Medizinischen Fakultät ernannt.

Münster: Lektor Dr. phil. Rudolf Reuter (Musiktheorie und musikalische Praxis) wurde zum Honorarprofessor ernannt.

d) Wissenschaftliche Räte

Bonn: Zu Wissenschaftlichen Räten wurden ernannt: apl. Prof. Dr. Georg Kauffmann (Kunstgeschichte) und apl. Prof. Dr. Hans-Dieter Beckey (Physikalische Chemie).

Frankfurt: Priv.-Doz. Dr. phil. Ernst Hojer (Pädagogik) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Göttingen: Apl. Prof. Dr. phil. Kurt Schreinert (Deutsche Philologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt mit der Verpflichtung, das Fachgebiet Germanistische Hilfswissenschaften in Vorlesungen und Übungen ergänzend zu vertreten. — Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Friedrich-Wilhelm Schlotte (Zoologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt mit der Verpflichtung, die Leitung des Laboratoriums für Elektronenmikroskopie im I. Zoologischen Institut zu übernehmen und die Fachgebiete Cytologie, Cytogenetik, Histologie und Ultrastrukturforschung in Forschung und Lehre zu vertreten.

e) außerplanmäßige Professoren

Bonn: Doz. Dr. Norbert Weissenfels (Zoologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor und zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Braunschweig: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Bernhard Hornfeck (Mathematik) und Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Wolfram Heumann (Mikrobiologie).

Frankfurt: Apl. Prof. Dr. phil. Marie-Luise Dittrich (Deutsche Philologie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Ältere Germanistik an der Universität Münster erhalten. — Apl. Prof. Dr. rer. nat. Gerhard Rein (Mineralogie und Petrographie) hat einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Gesteins- und Lagerstättenkunde an der Technischen Hochschule Karlsruhe erhalten.

Gießen: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. med. Horst Winter (Innere Medizin) und Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Harald Teichmann (Zoologie).

Hamburg: Priv.-Doz. Dr. med. F.-J. Michael Winzenried (Psychiatrie und Neurologie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt. — Apl. Prof. Dr. rer. nat. Hans-Günter Gierloff-Emden (Geographie) hat einen Ruf auf das 2. Ordinariat seines Faches an der Wirtschaftshochschule Mannheim erhalten.

Hannover (TH): Priv.-Doz. Dr. Luise Stange ist zur außerplanmäßigen Professorin in der Fakultät für Gartenbau und Landeskultur ernannt worden.

Heidelberg: Priv.-Doz. Dr. med. et phil. Hermann Peters (Klinische und Hygienische Zoologie) und Priv.-Doz. Dr. med. Heinz Gartmann (Haut- und Geschlechtskrankheiten) wurden zu außerplanmäßigen Professoren ernannt. — Priv.-Doz. Dr. med. Dietrich Schmähl/Bonn hat sich für das Fach Experimentelle Tumorerzeugung und -behandlung umhabilitiert und wurde gleichzeitig zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Kiel: Priv.-Doz. Dr. med. dent. Ewald Kraft (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

München: Apl. Prof. Dr. rer. pol. Utta Gruber (Volkswirtschaftslehre) hat einen Ruf auf einen ordentlichen Lehrstuhl an der Universität Bochum erhalten.

Würzburg: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Doz. Dr. phil. Hermann Beck (Musikwissenschaft) und Priv.-Doz. Dr. med. Joachim Schröder (Innere Medizin).

f) Dozenten und Privatdozenten

Aachen: Dr.-Ing. Aloys Heupel hat sich als Priv.-Doz. für das Fach Geodäsie habilitiert.

Frankfurt: Priv.-Doz. Dr. phil. Eike Haberland (Kultur- und Völkerkunde) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Völkerkunde an der Universität Mainz. — Priv.-Doz. Dr. phil. Hermann Prell (Mikrobiologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Göttingen: Priv.-Doz. Dr. phil. Peter Szondi (Deutsche Philologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für vergleichende Literaturwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

München (TH): Priv.-Doz. Dr. agr. Hugo Steinhausen (Wirtschaftslehre des Landbaues) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Landwirtschaftliche Betriebs- und Arbeitslehre an der Universität Kiel.

München: Doz. Dr. rer. pol. Heinz Lampert (Volkswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin. — Zu Dozenten wurden ernannt: Priv.-Doz. Dr. phil. Klaus Lazarowicz (Neuere Deutsche Literaturgeschichte) und Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Rainer Röhler (Medizinische Optik).

Tübingen: Priv.-Doz. Dr. rer. pol. Helmut Reichardt (Volkswirtschaftslehre) hat einen Ruf auf das Ordinariat für Wirtschaftslehre, insbesondere für Methoden quantitativer Analyse an der Universität Bochum erhalten.

Würzburg: Dr. theol. Georg Langgärtner wurde die Lehrbefugnis für Kirchengeschichte, Patrologie und Liturgiegeschichte erteilt. Er ist damit Privatdozent in der Theologischen Fakultät geworden. — Doz. Dr. jur. Kurt Kuchinke (Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht) erhielt einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bonn.

g) Lektoren

Bonn: Ein planmäßiges Lektorat erhielten: Irène Elman für Französisch, Peter Gumbel für Schwedisch und David Moore für Englisch.

Göttingen: Zu Lektoren wurden ernannt: Dr. Hella Wenskus für Englisch, Franco des Faveri für Italienisch und Sudhakar Shrotiri für Neuindische Sprache.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

Darmstadt: Dr.-Ing. Kurt Wagenbauer erhielt die venia legendi für das Fach Meßprobleme in der Drucktechnik.

Frankfurt: Priv.-Doz. Dr. med. Dr. phil. Friedrich Rutter (Zoologie) wurde von der Universität Wien an die Universität Frankfurt umhabilitiert. — Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. med. Hans Dischuneit für das Fach Innere Medizin, Dr. med. Volkmar Lange für das Fach Humangenetik und Dr. med. Dieter Palm für die Fächer Pharmakologie und Toxikologie.

Freiburg: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. Horst Weissleder für das Fach Klinische Radiologie und Dr. med. Paul Obrecht für das Fach Innere Medizin.

Gießen: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. phil. Albert Spitznagel für das Fach Psychologie, Dr. phil. Reiner Hamm für das Fach Biochemie mit besonderer Berücksichtigung der Fleischverarbeitung, Dr. med. vet. Eberhardt Stephan für das Fach Biologie der Haustiere, insbesondere Ökologie und Biometeorologie, Dr. med. Gerhard Schönbach für das Fach Chirurgie.

Göttingen: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. Hans Martin Pawlowski für die Fächer Bürgerliches Recht, Zivilprozeßrecht und Rechtsphilosophie, Dr. med. Peter Ernst Böhme für das Fach Chirurgie, Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Eberhard Schnepf/Marburg im Wege der Umhabilitation für das Fach Botanik, Dr. Dr. Klaus Strunz für die Fächer Tierphysiologie und Tierernährung, Dr. Herbert Kunze für das Fach Bodenkunde. Die venia legendi wurde ferner verliehen: Dr. med. Hans Lauter/Düsseldorf für das Fach Psychiatrie und dem Wiss.-Ass. Dr. med. Rudolf Schorer für das Fach Anaesthesie.

Hamburg: Dr. Sigrid Böge wurde die venia legendi für das Fach Mathematik verliehen.

Heidelberg: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. phil. Klaus Bambeck für das Fach Romanische Philologie und Dr. phil. Johann Schröpfer für das Fach Slawische Philologie.

Köln: Die venia legendi wurde verliehen an: Dr. phil. Paul Klopsch für das Fach Mittellateinische Philologie und Dr. phil. Karl Hermes für das Fach Geographie.

Mainz: Es habilitierten sich: Dr. Friedrich Wilhelm Ahnefeld für das Fach Anaesthesiologie, Dr. Hermann Fischer für das Fach Systematische Theologie, Dr. Rainer Wohlfeil für das Fach Mittlere und Neuere Geschichte und Dr. Lothar Dulog für das Fach Organische Chemie.

München: Wiss.-Ass. Dr. Paul Wurster wurde die Lehrbefugnis für die Fächer Geologie und Paläontologie erteilt.

Tübingen: Es habilitierten sich: Dr. Herbert Feltkamp für das Fach Pharmazeutische Chemie und Dr. Jürgen Kullmann für die Fächer Geologie und Paläontologie.

LEHRAUFTRÄGE

Aachen: Baurat Dipl.-Ing. Heinrich Trümper wurde ein Lehrauftrag über Ingenieurberatung in Fragen des Technischen Ausbaues für Architekten erteilt.

Göttingen: Lehraufträge wurden erteilt an: Prof. Dr. rer. pol. Friedrich Fürstenberg/Clausthal-Zellerfeld für das Fachgebiet Sondergebiete der Soziologie und Handels- oberlehrerin Dr. Ruth Nönning für das Fachgebiet Finanzmathematik.

Kiel: Lehraufträge erhielten: Priv.-Doz. Dr. Hörder über Pathologie, Priv.-Doz. Dr. Oberheuser über Systematische Gynäkologie und Bibliotheksdirektor Dr. Karstedt über Bibliothek und Gesellschaft.

VERTRETUNGEN

Darmstadt: Dr. rer. pol. Robert Wittgen (Betriebswirtschaftslehre) wurde für die Dauer des WS 1964/65 mit der kommissarischen Vertretung des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre sowie Betriebliche Finanzen und Absatzwirtschaft beauftragt.

Frankfurt: Prof. Dr. rer. nat. Fritz Süllwald (Psychologie, Statistik) wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des Ordinariats für Psychologie beauftragt.

Göttingen: Mit der vertretungsweisen Wahrnehmung eines Lehrstuhls wurden beauftragt: Priv.-Doz. Dr. Allesandro Baratta/Rom für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Zivilprozeßrecht, Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Kurt Hunger/Hannover für Theoretische Astrophysik und Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Otto Walliser/Marburg für Geologie und Paläontologie.

Kiel: Apl. Prof. Dr. med. Hans Kühn (Innere Medizin) wurde mit der vertretungsweisen Wahrnehmung des Lehrstuhls seines Faches beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Frankfurt: Priv.-Doz. Dr. phil. Hans Fleischhacker (Anthropologie) vertritt sein Fach im WS 1964/65 und im SS 1965 an der Staatsuniversität von El Salvador. — Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Ludwig Müller (Botanik) ist im WS 1964/65 und im SS 1965 am Instituto Interamericano des Ciencias Agricolas in Turrialba, Costa Rica, tätig. — Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Hans-Erich Reineck (Geologie und Paläontologie) nimmt im WS 1964/65 an der internationalen Ozeanexpedition mit dem Forschungsschiff „Meteor“ teil.

Hamburg: Apl. Prof. Dr. rer. nat. Sebastian Gerlach (Zoologie) für das WS 1964/65 zur Teilnahme an der Reise des deutschen Forschungsschiffes „Meteor“ im Rahmen der „International Indian Ocean Expedition“; apl. Prof. Dr. phil. Georg Friedrich Koch (Kunstgeschichte) für das WS 1964/65 zur Wahrnehmung einer Lehrstuhlvertretung an der Universität Freiburg; Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Jürgen Ehlers (Theoretische Physik) vom 1. 11. 1964 bis 31. 10. 1965 zur Wahrnehmung einer Gastprofessur am Southwest Center for Advanced Studies in Dallas, Texas, USA; Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Gotthilf Hempel (Fischereiwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Fischereibiologie) ab WS 1964/65 für 4 Semester zur Wahrnehmung der Stellung des Programmleiters für Meeresbiologie bei der UNESCO in Paris.

Münster: Prof. Dr. rer. oec. Ludwig Pack (Betriebswirtschaftslehre) wurde für das SS 1965 von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen und Übungen befreit, um sich seinen im Landesinteresse liegenden wissenschaftlichen Arbeiten widmen zu können.

ABGELEHNTE BERUFUNGEN

Berlin: Prof. Dr. jur. Klaus Stern (Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Steuerrecht und Wirtschaftsrecht) hat den an ihn ergangenen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Universität Kiel abgelehnt.

Göttingen: Prof. Dr. jur. Franz Gamillscheg (Bürgerliches, Handels- und Arbeitsrecht sowie Internationales Privatrecht) hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Köln abgelehnt.

Karlsruhe: Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Schüssler (Nachrichtenverarbeitung) hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl für Fernmeldetechnik der Universität Bochum abgelehnt.

Kiel: Berufungen haben abgelehnt: Prof. Dr. rer. nat. Horst Schubert (Mathematik) an die Technische Universität Berlin und Prof. Dr. phil. Karl-Dietrich Erdmann (Mittlere und Neuere Geschichte) an die Universität München.

Mannheim: Prof. Dr. rer. pol. August Marx (Betriebswirtschaftslehre) hat den Ruf an die Universität Innsbruck abgelehnt.

München: Berufungen haben abgelehnt: Prof. Dr. rer. oec. Edmund Heinen (Betriebswirtschaftslehre) an die Universität Münster und Doz. Dr. rer. nat. Heinz Zöttl (Bodenkunde und Pflanzenernährung) an die Hochschule für Bodenkultur in Wien.

Tübingen: Prof. Dr. rer. pol. Dieter Pohmer (Betriebswirtschaftslehre) hat den an ihn ergangenen Ruf an die Universität Frankfurt abgelehnt.

NEUE INSTITUTSDIREKTOREN

Frankfurt: Prof. Dr. rer. nat. Georg Schneider (Pharmakognosie) wurde zum Direktor des Pharmakognostischen Instituts bestellt.

Gießen: Prof. Dr. agr. Wilhelm Hudde (Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik) wurde zum Direktor des Instituts für Arbeits-, Berufs- und Wirtschaftspädagogik bestellt.

Hannover (TH): Prof. Dr.-Ing. Erich Lackner wurde zum Direktor des Instituts für Bodenmechanik ernannt.

GASTPROFESSUREN

Göttingen: Prof. Dr. J. F. Dammann/Charlottesville, Virginia, USA, wird auf Einladung der Univ.-Kinderklinik — Abteilung padiatriische Cardiologie — in der zweiten Januarhälfte zu einem Gastaufenthalt nach Göttingen kommen. — Prof. Dr. Pavel Trost/Prag (Vergleichende Indogermanische Sprachwissenschaft und Baltische Philo-

logie) nimmt im WS 1964/65 eine Gastprofessur in der Philosophischen Fakultät wahr. — Prof. Dr. Walther Eberl/Wien hat im WS 1964/65 eine Gastprofessur für das Fachgebiet Ökonometrie, Statistik und Operations Research übernommen.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Berlin (FU): Prof. Dr. med. Helmut Selbach (Psychiatrie und Neurologie) hat einen Ruf auf den Lehrstuhl seines Faches an der Universität Graz erhalten.

Göttingen: Prof. Dr. rer. nat. Hans-Georg Wunderlich (Geologie) ist der Lehrstuhl seines Faches an der Technischen Universität Trapezunt/Türkei angeboten worden.

Mainz: Prof. Dr. phil. Arnold Schmitz (Musikwissenschaft und Musikgeschichte) vertritt den Musikwissenschaftlichen Lehrstuhl an der Universität Basel.

München (TH): Prof. Dr. phil. habil. Nikolaus Riehl (Technische Physik) erhielt von der Universität New York eine Einladung für eine Gastprofessur für das Frühjahrssemester 1965.

Tübingen: Prof. Dr. phil. Maria Höfner (Semitistik mit besonderer Berücksichtigung der altsüdarabischen und der abessinischen Sprachen) hat den Ruf auf das Ordinariat für Orientkunde an der Universität Graz angenommen.

GEBURTSTAGE

Aachen: Der em. Prof. Dr.-Ing. Friedrich Seewald (Strömungslehre) vollendet am 15. 1. sein 70. Lebensjahr.

Berlin: Prof. Dr. med. Gerhard Elkeles/Robert-Koch-Institut beging am 2. 12. seinen 75. Geburtstag.

Bonn: Prälat Prof. Dr. theol. Heinrich Vogels (Neutestamentliche Exegese) vollendet am 12. 1. sein 85. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Ernst Kordes (Strukturchemie) vollendet am 19. 1. sein 65. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Carl Troll (Geographie) vollendete am 24. 12. sein 65. Lebensjahr.

Darmstadt: Prof. Dipl.-Ing. Rudolf Wälde (Wärmekeftmaschinen) vollendete am 17. 12. sein 80. Lebensjahr. — Prof. Dipl.-Ing. Hermuth Titschack (Maschinenelemente und Getriebe) wurde am 23. 12. 70 Jahre alt.

Freiburg: Prof. Dr. phil. Otto Köhler (Zoologie) vollendete am 20. 12. sein 75. Lebensjahr.

Heidelberg: Prof. Dr. phil. Dr.-Ing. E. h. Dr. h. c. Paul Ramdohr (Mineralogie und Petrographie) vollendete am 1. 1. sein 75. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Otto Th. Schmidt (Chemie) vollendete am 24. 12. sein 70. Lebensjahr.

Kiel: Prof. Dr. phil. Rudolf Kändler (Meereskunde, insbesondere Fischereibiologie) vollendete am 9. 12. sein 65. Lebensjahr.

Mainz: Prof. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Gustav Ehrhart (Synthetische Arzneimittel) vollendete am 21. 12. sein 70. Lebensjahr.

München: Prof. Dr. oec. Dr. publ. h. c. Dr. silvic. Ludwig Fabricius (Forstliche Erzeugungslehre) vollendete am 6. 1. sein 90. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Willibald Scholz (Psychiatrie und Neurologie) beging am 15. 12. seinen 75. Geburtstag. — Prof. Dr. med. Dr. med. vet. h. c. Karl Zipf (Pharmakologie, Toxikologie und Pharmazie) am 1. 1. seinen 70. Geburtstag.

Münster: Prof. Dr. phil. Friedrich Schuh (Geologie und Paläontologie) vollendete am 8. 12. sein 75. Lebensjahr. — Prof. D. theol. Ernst Haenchen (Systematische Theologie) vollendete am 10. 12. sein 70. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Karl Adler (Geburtshilfe und Gynäkologie) vollendete am 14. 12. sein 70. Lebensjahr. — Prof. Dr. phil. Jost Trier (Deutsche Philologie) feierte am 15. 12. seinen 70. Geburtstag.

TODESFÄLLE

Mainz: Prof. Dr. phil. Ernst Blesse (Slavistik und Vergleichende Sprachwissenschaft) starb am 2. 12. im Alter von 72 Jahren.

München: em. Prof. Dr. phil. Karl Alexander v. Müller (Mittlere und Neuere Geschichte sowie Bayerische Landesgeschichte) ist am 13. 12. im Alter von 82 Jahren gestorben.

Münster: Prof. Dr. med. Dr. med. dent. h. c. Helmut Loebell (Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde) starb am 6. 12. im Alter von 70 Jahren.

- 10. 1.**
Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Dr. R. Schwarz/München: Sogen oder Fluch der neuzeitlichen Wissenschaft? (II) (SWF, 10.30).
- 11. 1.**
Die Internationale Radiouniversität. Philosophische Strömungen der Gegenwart. Rudolf Kassner — Ein Denker Österreichs (1). Herta F. Staub: Philosophie des Erlebens. (Österr. Rdf. II, 14.35).
Kongreßbericht. Internationales Geologentreffen. Bericht aus Neu-Delhi. (Deutschlandfunk, 22.00).
- 12. 1.**
Die Nobelpreisträger für Physik 1964. Man.: Univ.-Ass. Dr. Peter Kocevar/Graz. (Österr. Rdf./Graz, 14.40).
Studium 1965. Die naturwissenschaftliche Fakultät. Redaktion und Zusammenstellung: Jürgen Scheschkewitz. (Hess. Rdf. II, 21.00).
Deutsche Lehr- und Forschungsstätten. Deutsche Journalisten-Schule in München. Von Hans-Joachim Goebel. (Saarl. Rdf. II, 22.00).
- 13. 1.**
Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Steinmaurer/Wien: Die kosmische Strahlung im Jahr der ruhigen Sonne. (Österr. Rdf. II, 17.15).
Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30).
- 14. 1.**
Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10).
Forscher zu Gast. Gespräch zwischen den Kunsthistorikern Univ.-Prof. Dr. Johan Quirijn van Regteren Altena/Amsterdam und Univ.-Prof. Dr. Gerhard Franz/Wien. (Österr. Rdf. II, 17.15).
Die Vorlesung. Prof. Dr. Arkadius Gurland/Darmstadt: Industrialisierung auf Befehl: Das Sowjetbeispiel. (Hess. Rdf. II, 20.15).
Neues aus der Wissenschaft. (Hess. Rdf. II, 20.45).
Born. 2. Der Mensch und das Atom. (SDR II, 21.00).
Aus Hörsaal und Labor. Die Sendung der Universität. (Österr. Rdf./Tirol, Vorarlberg, 21.30).
- 15. 1.**
Die Internationale Radiouniversität. Philosophische Strömungen der Gegenwart. Rudolf Kassner — ein Denker Österreichs (2). Herta F. Staub: Von der Seinphilosophie zur Seinsethik. (Österr. Rdf. II, 14.35).
Wissenschafts-Notizen. (Radio Bremen, 21.05).
- 16. 1.**
Konfuzius und seine Widersacher. 2. Familie und Staat. Man.: Prof. Dr. Daniel Leslie. (SFB II, 11.00).
Aktuelle Naturwissenschaft. Alexander Marfeld berichtet aus Forschung und Technik. (SFB II, 11.15).
Hochschule heute. Themen und Perspektiven präsentiert von Frank Pauli. (SFB II, 11.30).
600 Jahre Wiener Universität. (Österr. Rdf. II, 18.30).
Kulturpolitischer Kommentar. Von Prof. Dr. Hans Wenke/Hamburg. (NDR II, 21.05).
Forum der Wissenschaft. Meinungsbildung durch Meinungsforschung. Ein Gespräch im Allensbacher Institut und Kommentare von H. P. Bahrdt, Hans Abich und Helmut Lamprecht. (Radio Bremen II, 21.10).
- 17. 1.**
Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Paul Backelmann/München: Das Problem der Todesstrafe. (SDR, 10.05).
Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Gerhart Baumann: Goethe — Dauer im Wechsel (I). (10.30).
- 18. 1.**
Die Internationale Radiouniversität. Der befragte/Mensch (1). Univ.-Prof. Dr. Theodor W. Adorno/Frankfurt/M.: Meinungsforschung und Öffentlichkeit. (Österr. Rdf. II, Wissenschaft aus erster Hand. Univ.-Prof. Dr. Josef Möse/Graz: Zivilisationsschäden und Zivilisationskrankheiten. (Österr. Rdf./Graz, 20.15).
Die Bundesrepublik — ein Land ohne Zukunft? Die berufsbildende Schule (II). Von Manfred Scheib. (Saarl. Rdf., 21.00).
- 19. 1.**
Der Essay in unserer Zeit. Man.: Prof. Dr. Franz Taucher. (Österr. Rdf. II, 16.00).
Studium 1965. Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät. Mit einem Beitrag von Prof. Dr. Fritz Neumark/Frankfurt. Zusammenstellung und Redaktion der Sendung: Klaus Scheunemann. (Hess. Rdf. II, 21.00).
Wissenschafts-Notizen. (Radio Bremen II, 21.05).
Aus der Welt der Forschung. Schlaf und Traum — und was dahintersteckt. Von Theo Löbsack. (Saarl. Rdf. II, 22.00).
Hochschulnachrichten. (Saarl. Rdf. II, 22.15).
Das Salzburger Nachtstudio. Geschichte als Problem Univ.-Prof. Dr. Ernst Bloch/Tübingen: Mechanische oder qualitative Geschichtszeit. (Österr. Rdf. II, 22.15).
- 20. 1.**
Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Univ.-Prof. Dr. Hanns Leo Mikoletzky/Wien: Die Revision der Geschichtsbücher. (Österr. Rdf. II, 17.15).
Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30).
- 21. 1.**
Forscher zu Gast. (Österr. Rdf. II, 17.15).
Bildungsfragen der Gegenwart. Vielseitigkeit oder Einseitigkeit in der Bildung: Man.: Prof. Dr. Martin Rang. (Hess. Rdf. II, 17.15).
Was kostet ein Studium? Eine Untersuchung von Gerhard Rath. (Hess. Rdf. II, 20.05).
Die Vorlesung. Prof. Dr. R. Schwarz/München: Wissenschaft und Weltbild. (Hess. II, 20.15).
Neues aus der Wissenschaft. (Hess. Rdf. II, 20.45).
Das Heidelberger Studio. Die Verantwortung des Naturwissenschaftlers. Gesammelte Vorträge von Prof. Dr. Max Born. 3. Europäische Betrachtungen eines Naturforschers. (SDR II, 21.00).
Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR II, 21.30).
Aus dem Alltag des Forschers. (II) Besuch in der Forschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig. Eine Reportage von Hans Pelters. (Radio Bremen II, 21.30).
Internationale Rundfunk-Universität. 1. Das Geld in Geschichte und Gegenwart. Seine Entstehung und Entwicklung. Von Prof. Dr. Heinz Sauer mann/Frankfurt. 2. Philosophische Strömungen der Gegenwart. Bertrand Russell. Von Prof. Stephan Korner/Bristol. 3. Trinkwasser aus dem Meer. Die technischen Verfahren. Von Prof. Hrvoje Ivekovic/Zagreb. (Hess. Rdf. II, 22.00).
Aus dem Hochschulleben. Kommentare und Berichte. (SDR II, 22.40).
Wissenschafts-Notizen. (Radio Bremen II, 21.05).
- 23. 1.**
Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik in England und Übersee. (SFB II, 11.15).
Amerika und Europa. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hacker/Los Angeles: Zur Psychologie des transatlantischen Dialogs (Aufgenommen bei den zwanzigsten Internationalen Hochschulwochen 1964 in Alpbach). (Österr. Rdf. II, 17.10).
600 Jahre Wiener Universität. (Österr. Rdf. II, 18.30).